



Landesparteitag

am 29.09.2012 in Wiesloch

Beschlussbuch

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Kapitel Wirtschaft

Beschluss W 1

Leitantrag Wirtschaftspolitik. Gute Wirtschaft - soziales Baden-Württemberg. Exportland Baden-Württemberg - industrielle Kerne sichern.

Gute Wirtschaft – soziales Baden-Württemberg

Exportland Baden-Württemberg – Industrielle Kerne sichern

Die Menschen in Baden-Württemberg haben am 27. März 2011 den Wechsel gewählt. Dieser Wechsel war überreif. Auch wirtschaftspolitisch bedarf Baden-Württemberg eines Kurswechsels, um den Wohlstand des Landes zu wahren, das Soziale und das Gemeinwohl zu sichern sowie durch Nachhaltigkeit unsere gemeinsame Zukunft und die nachfolgender Generationen zu gewährleisten. Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land. Wir möchten, dass alle Menschen in Baden-Württemberg gut leben. Unser Wohlstand ist nur substanziell, wenn er die Verpflichtung und Verantwortung gegenüber anderen einschließt.

Grundsätze und Leitbild sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft soll den Menschen dienen. Unser Leitbild einer fortschrittlichen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist insbesondere durch folgende Grundsätze geprägt:

Im Gegensatz zu marktradikaler Politik ist nach unseren Vorstellungen die Wirtschaft der Gesellschaft als Ganzes verpflichtet. Die jüngsten Erfahrungen der Wirtschafts- und Finanzkrise fordern eine neue Ordnung und ein neues Ethos, in dem verantwortungsvolles Handeln der wirtschaftlichen Akteure dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es ist nicht zufriedenstellend, wenn der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft plakativ als Formel gebraucht wird, ohne die brennenden Fragen der Gegenwart und der Zukunft aufzugreifen. Unser Zukunftsprojekt ist ein sozialdemokratisches Europa, in dem soziale Rechte für alle gelten und in dem die Stärken mit den Schwächeren solidarisch sind.

Europa braucht eine Politik, die Wettbewerbsfähigkeit mit guter Arbeit, sozialem Fortschritt und ökologischer Modernisierung verbindet. Nach unserer Vorstellung soll Europa der globale Vorreiter für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell werden, das die soziale Spaltung der Gesellschaften abwendet und aus besseren Teilhabechancen für mehr Stabilität gewinnt. Statt Europa kaputtzusparen, müssen wir Perspektiven für Wachstum schaffen.

Nach unseren Vorstellungen wird der Staat nicht ins Abseits gedrängt, er beschränkt sich nicht auf die Abwehr der katastrophalen Folgen der Finanzkrise. Der Staat schafft den ordnungspolitischen Rahmen für eine soziale Marktwirtschaft. Er schafft Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Wirtschaft. Der Staat investiert in Bildung und fördert die Fertigkeiten und Lebensperspektiven der Menschen. Deshalb setzen wir unsere haushaltspolitischen Schwerpunkte auf Kultus und Soziales. Der demokratische Staat achtet nicht nur die Freiheit und sozialen Rechte der Bürger, er ist verpflichtet, diese zu garantieren und durchzusetzen.

Nachhaltigkeit heißt, dass der Wohlstand von heute nicht die Grundlagen des Wohlstands von morgen untergraben darf. Die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen und bleibender

Wohlstand erfordern ein Wirtschaftsmodell, das den Verbrauch der endlichen Ressourcen begrenzt, der Umweltbelastung Grenzen setzt und für faire Arbeitsbedingungen sorgt. Das heißt auch: Wachstum ist nicht per se gut. Es kommt darauf an, was wächst. Das Wachstum, das wir anstreben, kann nur ein qualitatives Wachstum sein, das mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit vereinbar und tatsächlich wohlfahrtssteigernd ist. Die Entkoppelung von Wachstum und Materialverbrauch ist nicht nur notwendig, sie ist eine essentielle Grundbedingung für weitere wirtschaftliche Entwicklung. Die ökologischen Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn auch die sozialen Aspekte und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht vernachlässigt werden.

Wir wollen Wohlstand für alle. Wirtschaft steht deshalb auch in einer sozialen Verantwortung. Dies gilt für alle Akteure. Ein Umdenken ist notwendig. Die marktradikale Logik hat unsere Gesellschaft in eine Krise geführt. Anstelle wirtschaftlichen Handelns, das nur Sachzwängen folgt, ist für uns Wirtschaft eingebunden in die Gesellschaft. Nur eine Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit verwirklicht, garantiert im umfassenden Sinn Wohlstand und einen guten Lebensstandard.

Eine gut funktionierende Wirtschaft fußt deshalb auf Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Alle die zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen haben, müssen fair beteiligt werden. Dies ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände. Dort, wo die Handlungsfähigkeit der Tarifpartner begrenzt ist, hat der Staat durch gesetzliche Regelungen sicherzustellen, dass Fairness und soziale Gerechtigkeit nicht verletzt werden.

Wir wollen die Teilhabe aller am Haben, auch am Sagen. Die Mitbestimmung in den Betrieben ist Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen sie sichern und ausbauen. „Mehr Demokratie“ ist unser Programm für die gesamte Gesellschaft – Politik, Bildungssystem und Hochschulen und eben auch die Wirtschaft.

Gute Arbeit ist eine wesentliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik hat Vollbeschäftigung zum Ziel. Jeder muss die Möglichkeit haben, einer seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeit nachzugehen. Wir wollen einen inklusiven statt exklusiven Arbeitsmarkt. Wir orientieren uns dabei am Leitbild guter Arbeit, die durch faire Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen, lebensbegleitendes Lernen und sichere Beschäftigung gewährleistet wird.

Exportland Baden-Württemberg, internationale Verflechtung und europäische Integration

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist in besonderem Maße international verflochten und in seiner Mehrheit exportorientiert. Unternehmen, darunter viele mittelständische, agieren international. Das baden-württembergische Erfolgsmodell beruht auf dieser starken Verflechtung und belegt, dass unsere Wirtschaft durch hohe Innovationsbereitschaft und Produktivität ihre Wettbewerbsfähigkeit behaupten kann. Hierauf gründet unser Wohlstand. Schneller als andere Wirtschaftsregionen hat Baden-Württemberg die schwere Krise 2008 überwunden. Neue Märkte, insbesondere in den neuen Wachstumsregionen (BRIC-Staaten), konnten erschlossen werden. Weiterhin gehen über die Hälfte unserer Exporte in die Länder der Europäischen Union und 36 Prozent in die Eurozone.

Mehr als in anderen Regionen ist der wirtschaftliche Erfolg in Baden-Württemberg von der weiteren Entwicklung Europas und der Stabilität des Euro abhängig. Wir haben ein vitales Interesse, dass der europäische Integrationsprozess vorankommt.

Wir SozialdemokratInnen lehnen dieses System des innereuropäischen Staatenwettbewerbs ab und setzen das Solidarprinzip und die Gewährleistung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit Aller entgegen! Helmut Schmidt hat Recht, wenn er sagt: „Alle unsere Überschüsse sind in

Wirklichkeit die Defizite der anderen. Die Forderungen, die wir an andere haben, sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Gerade im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise setzen wir SozialdemokratInnen uns deshalb für eine weitere, vertiefte europäische Integration im Bereich der Wirtschafts- und Fiskalpolitik ein und zeigen uns solidarisch mit den von den Krisen gebeutelten Ländern, an deren Situation wir einen nicht unerheblichen Anteil haben.

Gerade Baden-Württemberg als exportstarkes Land muss ein Interesse daran haben, dass die Binnennachfrage gestärkt wird, damit die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von einem Pfad abhängig ist. Dazu gehören eine produktivitätsgerechte Lohnentwicklung, die Stärkung von Investitionen in Sachkapital und Infrastruktur sowie der Ausbau sozialer Dienstleistungen für Pflege, Bildung und Kinderbetreuung.

Statt zögerlicher Maßnahmen zur Katastrophenabwehr und der einseitigen Fokussierung auf eine rigide Sparpolitik brauchen wir Wachstumsimpulse und mutige Schritte in ein soziales und demokratisches Europa. Zunächst müssen die Eigentümer und Vorstände der Finanzinstitute, Banken, etc. im Rahmen ihrer unternehmerischen Verantwortung, an den wirtschaftlichen Folgen ihres Handelns beteiligt werden. Eine Finanztransaktionssteuer ist nicht nur längst überfällig und notwendig, um Spekulation zu begrenzen und Steuergerechtigkeit gegenüber der Realwirtschaft sicherzustellen. Die Wirtschafts- und Währungsunion macht eine Fiskalunion erforderlich. Neben einer Steuerharmonisierung und Stärkung der Staatseinnahmen durch Besteuerung der Vermögen brauchen wir Instrumente wie einen Altschuldentilgungsfonds, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen. ESM und Fiskalpakt reichen dafür als Instrumente nicht aus. Außerdem müssen wir die soziale Dimension Europas stärken, indem wir die Sozialunion verwirklichen. Dazu müssen unter anderem soziale Mindeststandards verbindlich vereinbart und die Mitbestimmung auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Schließlich müssen auch die demokratischen Strukturen in Europa weiterentwickelt werden, um die demokratische Legitimation und das Vertrauen der Menschen in die europäische Ebene zu erhöhen. Wir brauchen mehr Demokratie in Europa. Das Europäische Parlament spielt dabei als einzige direkt gewählte Institution eine zentrale Rolle. Es muss weitere Kompetenzen erhalten, an vorderster Stelle das volle Initiativrecht.

Industrielle Kerne sichern - das industrielle Erfolgsmodell zukunftsfähig machen

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist durch einen starken industriellen Kern geprägt. Fast 30 Prozent der Menschen arbeiten im industriellen Sektor. Während in anderen Staaten industrielle Bereiche deutlich an Bedeutung verloren haben, zeichnet sich die baden-württembergische Industrie durch hohe Innovationskraft aus. Die Industrie Baden-Württembergs ist eine treibende Kraft wirtschaftlicher Entwicklung. Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Optik, Pharmaindustrie und Medizintechnik sind wissensintensive Wirtschaftsbereiche. Die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs liegt im erfolgreichen Zusammenspiel des produzierenden Gewerbes mit den produktionsnahen Dienstleistungen. Industrie und Dienstleistungen ergänzen sich. Die klassische Differenzierung wird immer problematischer, zumal Wertschöpfungsprozesse zwischen beiden Sektoren vernetzt stattfinden. Damit hängen aber ca. 60 Prozent aller Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der wirtschaftlichen Entwicklung der industriellen Kerne ab.

Eine passive Strategie des Laissez-faire wird zwangsläufig zu einem Schrumpfen des Industriesektors führen. Hauptbetroffene wären Beschäftigte an einfachen Industriearbeitsplätzen. Um die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes zu erhalten,

bedarf es zielgerichteter Initiativen und Aktivitäten. Hier liegt die besondere Aufgabe der Wirtschafts- und Industriepolitik. Zusammen mit allen Akteuren hat sie ressortübergreifend die vereinbarten Aufgaben zielorientiert abzustimmen und zu koordinieren.

Herausforderungen für unsere Wirtschaftspolitik

Die Wirtschafts- und Arbeitswelt waren in den letzten Jahrzehnten einem starken Wandel unterworfen, der zugleich enorme Auswirkungen auf die privaten Lebensbedingungen hatte. Insgesamt ist nur noch knapp ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung in einem so genannten Normalarbeitsverhältnis (unbefristete abhängige Vollzeitbeschäftigung) tätig. (Solo-) Selbständigkeit, befristete Beschäftigung, Leih- oder Zeitarbeit sowie vor allem Teilzeitbeschäftigung haben zugenommen.

Zugleich häufen sich die Übergänge zwischen alternativen Beschäftigungsformen sowie zwischen Phasen der Beschäftigung und der Beschäftigungslosigkeit. Durch veränderte Beschäftigungsformen in Verbindung mit einem strukturellen Wandel unserer klassischen Industriegesellschaft zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft nehmen die Einkommensrisiken im Lebensverlauf zu. Die Anforderungen an lebensbegleitendes Lernen sind gewachsen, ohne parallel gesellschaftlich tragfähige Strukturen zu schaffen, die diesen Prozess begleiten.

Neben den Beschäftigungsformen haben sich auch die Arbeitsbedingungen verändert. Moderne Informations- und Kommunikationsmedien bestimmen mittlerweile die meisten Bereiche unserer Arbeitswelt. Technische Innovationen führen zu immer schnelleren Veränderungen. Dadurch veraltet Wissen zunehmend schneller. Die Anforderungen an die Flexibilität und Lernbereitschaft der Belegschaften sind dramatisch gestiegen.

Gerade im Kontext des demografischen Wandels stellt dies eine große Herausforderung für die Beschäftigten, die Unternehmen aber auch die Politik dar. Bezogen auf die gesamte Landesbevölkerung wird das Erwerbspersonenpotenzial während der nächsten 30 Jahre um rund ein Viertel schrumpfen. Das bedeutet, dass der annähernd gleiche Wohlstand in Zukunft mit einer deutlich geringeren Anzahl an Personen produziert werden muss. Zugleich werden wir es mit einer deutlich älteren Erwerbsbevölkerung zu tun haben. Ebenso müssen wir offen für Zuwanderung sein und diese als Chance für unsere wirtschaftliche Entwicklung begreifen.

Zugleich bewirken interne Wanderungsbewegungen starke räumliche Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung bezogen auf die einzelnen Kommunen und Landkreise. Auch die Alterung der Bevölkerung wird räumlich höchst heterogen ablaufen. Von Kommune zu Kommune sind andere Rahmenbedingungen zu beachten.

Baden-Württemberg wird bereits in den kommenden Jahren zusätzliche Fachkräfte benötigen. Diese Entwicklung wird durch den demografischen Wandel mittelfristig weiter verschärft werden. Neueste Studien zeigen, dass in Deutschland vor allem Fachkräfte im Bereich der Ausbildungsberufe fehlen werden.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg zeichnet sich nicht zuletzt durch einen starken Mittelstand aus. Er bildet das Rückgrat unserer wirtschaftlichen Stärke. Mittelständische Betriebe finden sich vor allem auch jenseits von Ballungsgebieten in den „ländlichen Räumen“. Von dort wanderten jedoch bereits während der letzten Jahre insbesondere jüngere Menschen im Ausbildungsalter in größere Städte ab. Hinzu kommt, dass der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss in Ballungsräumen bereits heute signifikant höher ist als in den „ländlichen Räumen“. Zugleich werden in Zukunft wissensintensive Wirtschaftsbereiche weiter an Bedeutung gewinnen. Der demografische Wandel wird also vor allem auch die Wirtschaft in

den „ländlichen Räumen“, das heißt vor allem viele mittelständische Betriebe, vor große Herausforderungen stellen. Eine zentrale Rolle zu deren Bewältigung wird der Bildungspolitik zukommen. Diese muss sicherstellen, dass Wissen in den ländlichen Raum transferiert bzw. dort sicherstellt wird. Hierauf ist nicht zuletzt auch bei der Standortwahl der Gemeinschaftsschulen zu achten.

Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gezeigt, dass wir in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die richtigen Weichen stellen. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich im weltweiten Vergleich der Industrienationen seit 2006 am besten entwickelt. Das erste Mal ist die Sockelarbeitslosigkeit nach einem Konjunkturzyklus nicht mehr angestiegen, sondern sogar zurückgegangen. Die Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung haben erkennbar zugenommen. Aus der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise ist die deutsche Wirtschaft stark hervorgegangen. Die Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die Stabilisierungsmaßnahmen in der Großen Koalition – insbesondere die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes – und die Stärkung der industriellen Kerne haben dazu beigetragen. All dies waren sozialdemokratische Projekte.

Auch politisch hervorgerufene Fehlentwicklungen, wie z.B. Missbrauch von Leiharbeit oder die Ausweitung von nicht sozialversicherungspflichtiger geringfügiger Beschäftigung wollen wir korrigieren und uns mit voller Kraft den kommenden Herausforderungen zuwenden.

Wir wissen, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen in erster Linie von den Menschen geleistet werden muss, die in unserer Wirtschaft Verantwortung tragen – von den Unternehmerinnen und Unternehmern ebenso wie von den Beschäftigten, ihren Betriebsräten und Gewerkschaften. Zugleich sind wir uns der Rolle und Verantwortung der Landespolitik bewusst. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, Innovationen befördern, strukturelle Veränderungen begleiten und gestalten und wo notwendig Fehlentwicklungen gegensteuern.

Die finanziellen Möglichkeiten der Landespolitik sind begrenzt. Die Vorgängerregierung hat eine jährliche Deckungslücke von 2,5 Milliarden Euro hinterlassen. Unser Land steht zudem vor einem gewaltigen Sanierungsstau bei landeseigenen Gebäuden und bei den Landesstraßen. Hinzu kommen wachsende finanzielle Belastungen durch steigende Pensionsausgaben. Eine steigende Schuldenlast bringt den Staat in eine gefährliche Abhängigkeit von den Finanzmärkten. Schulden schaffen Verteilungsungerechtigkeit, wenn fair erarbeitete Steuermittel wegen wachsender Zinszahlungen in den Finanzmarkt abfließen und damit de facto Umverteilung von unten nach oben stattfindet. Ohne haushaltspolitische Handlungsspielräume ist Politik aber nicht gestaltunfähig. Eine Konsolidierung der Haushalte erfordert deshalb eine Verbesserung der Einnahmeseite durch eine gerechte Steuerpolitik. Eine einseitige Sparpolitik verfehlt das Ziel der Schuldenreduzierung und beeinträchtigt notwendige öffentliche Investitionen. Aufgrund der begrenzten Mittel sind aber Prioritätensetzungen in der Wirtschaftspolitik unvermeidlich.

Wirtschaftspolitik im Dialog

Um die wirtschaftlichen Herausforderungen Baden-Württembergs erfolgreich zu bewältigen, bedarf es der Vereinbarung gemeinsamer Zielstellungen zwischen Wirtschaft und der Landespolitik. Mit einer dialogorientierten Wirtschaftspolitik wollen wir eine neue Qualität der Zusammenarbeit der Akteure erreichen, die über den üblichen Informationsaustausch hinausgeht.

Über den institutionalisierten und strukturierten Dialog soll aktive Beteiligung und Einbeziehung bei wesentlichen wirtschaftspolitischen Aufgabenstellungen erfolgen, um durch

eine gemeinsame Orientierung auf wichtige Themen-, Zukunfts- und Handlungsfelder die Erreichung gemeinsam festgelegter Ziele sicherzustellen. In den Dialog müssen alle Beteiligten eingebunden werden. Hierzu gehören neben den Wirtschaftsverbänden und Unternehmen, den Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten, den Kammern, Hochschulen und der Agentur für Arbeit unter anderem auch regionale und kommunale VertreterInnen und Akteure. Unsere Allianz für Fachkräfte ist ein Beleg für diese Kultur des Dialogs in der Wirtschaftspolitik – nicht nur reden auf Augenhöhe, sondern durch Handeln auf Augenhöhe wollen wir Baden-Württemberg voran bringen.

Dabei ist es uns wichtig, die Verbraucherinnen und Verbraucher einzubeziehen, denn Verbraucherpolitik ist Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite. Eine sozial-ökologische Neuausrichtung, die auf Transparenz setzt und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern mitgestaltet wird, sichert eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung.

Gute Arbeit als produktive Kraft für ein gutes Leben

Arbeit ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Eine moderne Wirtschaftspolitik misst der Arbeit einen zentralen Stellenwert bei. Alle Arbeit – einfache wie hochqualifizierte - muss mehr Wertschätzung erfahren, denn ihre Wertschöpfung schafft Wohlstand. Prekäre Beschäftigung schließt Menschen nicht nur von gesellschaftlicher Teilhabe aus, sondern ist zugleich Missachtung von Menschen, die notwendige und sinnvolle Arbeit verrichten. Durch Rationalisierung und Intensivierung haben sich die Leistungsanforderungen spürbar verändert. Die physischen und psychischen Belastungen haben zugenommen und gefährden die Gesundheit der Menschen. Arbeit darf nicht krank machen, auch das ist ein wesentlicher Bestandteil guter Arbeit.

„Gute Arbeit“ steht für eine moderne Arbeits- und Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg. Gerade in unserem Land haben die Tarifpartner mit Regelungen zu Entgelt, Qualifizierung, der Regulierung der Leiharbeit und Beschäftigung richtungsweisende Vereinbarungen getroffen. Sozialdemokratische Arbeitspolitik stellt sich keineswegs nur den sozialen Fragen, die direkt aufgeworfen werden. Die Herausforderungen des Strukturwandels, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die ökologische Modernisierung sind nur mit einer Arbeitspolitik zu bewältigen, die sich konsequent am Leitbild guter Arbeit orientiert.

Auch wenn die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in erster Linie Aufgabe der Betriebs- und Tarifparteien ist, hat Politik die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich Arbeit gut entfalten kann.

Prekäre Beschäftigung und gute Arbeit widersprechen sich. Mit dem Tariftreuegesetz setzt die grün-rote Landesregierung ein überfälliges Zeichen, denn die CDU geführte Bundesregierung weigert sich, Tariflöhne oder zumindest einen flächendeckenden Mindestlohn als Standard für öffentliche Aufträge einzuführen. In der Metall- und Elektroindustrie wie auch in der chemisch-/pharmazeutischen Industrie wurden durch Tarifverträge Regelungen geschaffen, welche den Missbrauch von Leiharbeit eindämmt. Dies ist ein beispielhafter Schritt in einer in Baden-Württemberg bedeutenden Wirtschaftsbranche. Trotzdem sind gesetzliche Regelungen erforderlich, welche gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, die Begrenzung der Verleihzeit und ein Verbot der Synchronisation vorsehen. Dies erfordert eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, die zugleich sicherstellen müssen, dass eine Eindämmung der Leiharbeit nicht durch prekäre Beschäftigung mittels Werkverträgen unterlaufen wird. Neben branchenbezogenen Mindestlöhnen ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro notwendig. Dabei ist klar, dass diese Größenordnung nur der Startpunkt sein kann auf dem Weg für eine existenzsichernde Arbeit zu sorgen. Wir

erwarten, dass die Landesregierung die Arbeitsbedingungen in landeseigenen Unternehmen ständig prüft und mögliche prekäre Beschäftigung unterbindet.

Gute Arbeit wird durch Tarifnormen gestaltet. Dies setzt die Handlungsfähigkeit der Tarifpartner voraus. Baden-Württemberg ist nicht nur ein Land der Produktinnovationen. In Baden-Württemberg werden richtungsweisende Tarifabschlüsse ausgehandelt, um infolge der wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen die Arbeitsbedingungen zu gestalten. Der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind unverzichtbare Gestaltungsinstrumente, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern und faire Arbeitsbedingungen garantieren. Hierzu gehört auch die Mitbestimmung auf betrieblicher und auf Unternehmensebene. Wir möchten die Partizipations- und Beteiligungsrechte der einzelnen Beschäftigten fördern und durch die Senkung der Schwelle für die Unternehmensmitbestimmung die Mitgestaltungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken. Der sozial-ökologische Modernisierungsprozess vollzieht sich konkret in den Betrieben. Wir wollen die Betriebsräte mit ihren Kompetenzen aktiv in diesen Gestaltungsprozess einbinden.

Die Gestaltung guter Arbeitsbedingungen ist eine wichtige Aufgabe, um die Beschäftigungsfähigkeit während des gesamten Arbeitslebens zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit den Renten- und Krankenversicherungsträgern, den Berufsgenossenschaften, den Sozialpartnern und der Gewerbeaufsicht koordiniert die Landesregierung Initiativen zur Prävention und Gesundheitsförderung.

Mit der Allianz für Fachkräfte werden Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels und zur Deckung des Fachkräftebedarfs eingeleitet. Trotzdem brauchen wir aufgrund der Arbeitsbedingungen in vielen Wirtschaftsbereichen auch in Zukunft flexible Altersübergangsmodelle, die ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ermöglichen. Dies ist in einem Land wie Baden-Württemberg mit seiner ausgeprägten Industriestruktur von besonderer Bedeutung.

Innovationen und Sicherung der Produktivität verlangen wachsende Qualifikationsanforderungen. Gute Bildung ist Voraussetzung für gute Arbeit. Investitionen in schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung sind deshalb unverzichtbar. Es muss verhindert werden, dass junge Menschen ohne Abschluss in das Berufsleben eintreten. Gerade hier setzt die Gemeinschaftsschule an. Jedem jungen Menschen muss ein seiner Fähigkeiten entsprechenden Berufsabschluss ermöglicht werden. Das Land Baden-Württemberg sichert mit einer guten fachlichen und baulichen Ausstattung der beruflichen Schulen und einem Abbau des Defizits in der Unterrichtsversorgung einen hohen Standard der beruflichen Bildung. Die Durchlässigkeit im Bildungssystem muss real verbessert werden. Hinzu kommt, dass wir eine Kultur der zweiten Chance schaffen müssen. Wer am Anfang keine Ausbildung macht, braucht eine neue Chance viele Jahre später. Und wir brauchen eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung, die lebensbegleitendes Lernen mit organisiert, bevor man von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Die Menschen brauchen Rahmenbedingungen, in denen sie Leben und Beruf gut miteinander vereinbaren können. Dem steht ein Trend zur Ausweitung flexibler Arbeitszeiten und Schichtarbeit entgegen. Notwendig ist deshalb der Ausbau bezahlbarer Ganztagsbetreuung von Kindern sowie der ambulanten Pflege von Familienangehörigen.

Viele Unternehmen Baden-Württembergs sind auch im Ausland tätig. Aufgabe ist es, auch in den Auslandsunternehmen gute Arbeitsstandards zu schaffen. Das Selbstverständnis, Musterland zu sein, endet nicht an den Landesgrenzen. Durch Codes of Conduct und gelebte Corporate Social Responsibility (CSR) tragen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Ländern mit niederen Standards.

Frauen sind im Arbeitsleben benachteiligt. Immer noch sind die Entgeltunterschiede enorm, Baden-Württemberg ist Spitzenreiter bei der Entgeltdifferenz mit 28%, bundesweit liegt der Schnitt bei 23%. Um diesen Gender-Pay-Gap zu schließen und Gerechtigkeit zu schaffen brauchen wir ein mutiges Gesetz zur Sicherstellung von Entgeltgleichheit. Zumeist werden Frauen unter ihren Möglichkeiten beschäftigt. Damit mehr Frauen in Führungspositionen gelangen, muss für Aufsichtsräte und Vorstände eine Geschlechterquote von 40% gelten. Durch eine Reform der Mini-Jobs müssen neben einer besseren sozialen Absicherung Anreize zur Aufnahme einer umfangreicheren Tätigkeit geschaffen werden. Wir wollen die volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.

In Baden-Württemberg leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Durch ihre Arbeit haben sie einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes geleistet. Stärker als andere Bevölkerungsgruppen sind sie in ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Ihre Betroffenheit bei Arbeitslosigkeit ist doppelt so hoch. Deshalb brauchen wir hier besondere Maßnahmen, die sicherstellen, dass auch sie in guter Arbeit beschäftigt bleiben. Wichtig sind Maßnahmen, die benachteiligten Jugendlichen die Chance ebnen, durch einen erfolgreichen Berufsabschluss eine gesicherte Perspektive zu bekommen. Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss erleichtert werden. Es muss möglich sein, dass bei der Überprüfung ausländischer Berufsabschlüsse aufgefundene fehlende Qualifikationen nachgeholt werden können. Hierzu bedarf es einer gezielten Förderung durch die Agentur für Arbeit.

Ökonomischen und Ökologischen Wandel durch Stärkung der Branchen gestalten

Die baden-württembergische Wirtschaft zeichnet sich durch hohe Innovationskraft aus. Dies ist unsere Stärke. Innovationen sind der wesentliche Schlüsselfaktor, um die tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft sowie die globalen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Innovationspolitik hat deshalb einen zentralen Stellenwert. Von besonderer Wichtigkeit ist aber, dass Baden-Württemberg sowohl Technologie- als auch Produktionsstandort bleibt, denn nur die Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette schützt unseren Standort wirksam vor Abwanderungen und macht ihn attraktiv für Investitionen und Patentanmeldungen. Neben Forschung und Entwicklung muss auch die Industrialisierung durch die vorhandene Produktionskompetenz im Land gesichert werden. Es geht auch um den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Produktion.

Unser Land ist geprägt durch eine wettbewerbsstarke Automobil- und Zulieferindustrie. Hier stehen wir vor großen Umwälzungen. Notwendige Schadstoffreduzierungen, neue Antriebskonzepte, Marktverschiebungen und neue Mobilitätskonzepte sind Triebkräfte für einen umfassenden Strukturwandel, der unser Land mehr treffen wird als andere.

In längerfristiger Perspektive werden neue Antriebssysteme in Autos (Elektromotor, Brennstoffzelle) das Fahrzeug grundlegend verändern. Anstelle des Verbrennungsmotors hat bei alternativen Antriebssystemen die Batterie als Energiespeicher den höchsten Wertschöpfungsanteil. Wertschöpfungsketten mit Folgen für die Unternehmen, Beschäftigung und Qualifikationsanforderungen werden sich deshalb radikal verändern. Eine umweltfreundliche E-Mobilität erfordert zugleich eine neue Infrastruktur, die aus regenerativen Energien erzeugten Strom bereitstellt. Über die Nationale Plattform Elektromobilität, die Landesagentur für Elektromobilität und Brennstoffzellentechnologie fördert das Land den Einstieg in neue Antriebskonzepte. Begleitet wird dies durch eine Forschungspolitik, die sicherstellt, dass die erforderlichen Kompetenzen in den perspektivischen Technologiefeldern wie z.B. Elektrochemie entwickelt werden.

Der Verbrennungsmotor für sich oder als Bestandteil von Hybridsystemen wird neben der Elektrifizierung des Antriebstrangs eine längerfristige Zukunft haben. Über weitere Innovationen sind Effizienzsteigerungen von 10 Prozent in den nächsten Jahren möglich. Gepaart mit alternativen Kraftstoffen oder regenerativ gewonnenen Energieträgern sind diese technologischen Weiterentwicklungen unverzichtbare Bausteine für weitere CO₂-Senkungen. Viele Unternehmen, die in Baden-Württemberg angesiedelt sind, können hierzu wichtige Beiträge leisten und sichern damit Arbeitsplätze.

Durch Gewichtsminderung und Leichtbau der Fahrzeuge sind weitere Schadstoffreduzierungen erzielbar. Neue Materialien und ihre Kombination mit herkömmlichen Werkstoffen stellen neue Herausforderungen an die Produkt- und Prozesstechnologie, um Produkte zu akzeptablen Preisen herzustellen. Zugleich ist Leichtbau ein Feld für den Maschinen- und Anlagenbau.

Den Umweltindustrien wird eine Verdoppelung des Wachstums bis 2020 prognostiziert. Neue Potentiale ergeben sich für den Maschinen- und Anlagenbau durch die Herstellung spezifisch umwelttechnischer Maschinen und Anlagen, die Verbesserung der Ressourceneffizienz der hergestellten Produkte sowie der Steigerung der Energie- und Materialeffizienz bei der Herstellung der Maschinen und Anlagen. Durch Anwendung bereits vorhandener Technologien könnte der Energiebedarf der Maschinen um 15 Prozent reduziert werden.

Diese erzielbaren Effizienzsteigerungen, unterstützt durch eine landespolitisch geförderte CleanTech-Strategie, sind weitere Innovationstreiber, die zur Sicherung der industriellen Kerne beitragen können. Der wachsende Serviceanteil schafft weitere Potentiale für produktionsorientierte Dienstleistungen.

Verbesserte Rohstoffeffizienz und Materialrückgewinnung durch Recycling muss gleichzeitig ergänzt werden durch eine vorausschauende Rohstoffpolitik, die sicherstellt, dass für Unternehmen des Landes nicht Versorgungsengpässe entstehen.

Auch in der Gesundheitsindustrie ist Baden-Württemberg mit Standorten weltweit bedeutender Unternehmen führend in Deutschland und die Pharmaindustrie sowie die Medizintechnik sind Wachstumsbranchen. Durch exzellente Grundlagenforschung an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen insbesondere im Bereich der Biotechnologie entstehen neue Zukunftsfelder für weitere Beschäftigung mit anspruchsvollen Arbeitsplätzen.

Die Chancen in diesen Bereichen gilt es durch eine fördernde Politik zu nutzen und auszubauen.

- Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine steuerliche Forschungsförderung ein

- Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, daß eine bessere Verzahnung zwischen Grundlagenforschung, Anwendungsorientierter Forschung und Umsetzung in Produkte und Produktion unterstützt wird.

- Als konkrete Themenfelder wären beispielsweise zu nennen die Medizintechnik und die organische Elektronik. Auch die Bio- und Gentechnologie, insbesondere zur Verbesserung der medizinischen Diagnostik und Therapie, gehört in diesen Bereich. Hier existieren in Baden Württemberg bereits viele Fähigkeiten, die durch Projekte und Schwerpunkte, z.B. in der Metropolregion Rhein-Neckar mit dem erfolgreichen Bio-Regio Wettbewerb, weiter unterstützt werden müssen.

Standortfaktor Energiesicherheit

Versorgungssicherheit auf dem Energiesektor ist eine zentrale Bedingung für den Erhalt des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat daher einen Masterplan entwickelt, nachdem bis 2020 38% und bis 2050 78% des Energieverbrauchs im Land mit Erneuerbaren Energien erfolgen und der Energieverbrauch um 19% bis zum Jahr 2020 bzw. 49% bis zum Jahr 2050 reduziert werden soll. Dadurch würde es (bezogen auf das Jahr 1990) gelingen, den CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um 25% und bis zum Jahr 2050 um 90% zu senken. Dazu bauen wir Hindernisse im Planungsrecht ab und ersetzen die wegfallende Atomenergie durch mehr Energieeffizienz und die Steigerung der Anteile an Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie. Wir investieren in Forschung und Entwicklung von Speichermedien bzw. Technologien zur Umwandlung von Strom zu Gas. Auch durch den Ausbau der Elektromobilität wird ein Teil der notwendigen Speicherkapazität geschaffen. Durch diese Verbindung von Erneuerbaren Energien und Elektromobilität ergibt die E-Mobilität überhaupt erst Sinn, denn so kommt der erforderliche Strom aus CO₂-neutralen Energien.

Der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchung zufolge ist zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit neben den derzeit in Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerksblöcke in Karlsruhe und Mannheim zum Ersatz der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg sowie nicht mehr wirtschaftlicher fossiler Kraftwerke bis zum Jahr 2020 ein Zubau von rund 1000 MW erforderlich. Dieser soll im Wesentlichen durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erfolgen, davon etwa die Hälfte im Rahmen kleiner KWK-Anlagen von weniger als 20 MW. Um dies zu erreichen, sind die Rahmenbedingungen für den KWK-Ausbau deutlich zu verbessern. Dazu gehört insbesondere, die Förderung zum Bau von Wärmespeichern deutlich zu verbessern und Anreize zum stromgeführten Betrieb dieser Anlagen bzw. deren Zusammenschluss zu sog. „virtuellen Kraftwerken“ zu schaffen.

Bis dieser Ausbau erreicht ist, müssen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch nicht mehr wirtschaftliche fossile Kraftwerksblöcke in dem notwendigen Maß als Reserve für Zeiten mit hohem Strombedarf und geringer Einspeisung durch Wind und Sonne in Bereitschaft gehalten werden.

Langfristig ist zudem die Schaffung eines Kapazitätsmarkts notwendig. Dadurch sollen Anreize für den Bau neuer hocheffizienter und flexibel einsetzbarer Gaskraftwerke und Energiespeicher gesetzt werden, um die alten unwirtschaftlichen und klimaschädlichen fossilen Kraftwerke in Baden-Württemberg endgültig vom Netz nehmen zu können. Durch das vorgeschlagene Auktionierungsmodell sollen die Kosten für die Allgemeinheit möglichst gering gehalten werden.

Die notwendige Energiewende bringt also wichtige Innovationspotentiale durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und stärkt vor allem die regionale Wertschöpfung im Handwerk und schafft weitere Produktionsbereiche, vor allem bei Windkraft, Solarenergie, aber auch bei den Speichertechnologien.

Unser Ziel ist eine möglichst dezentrale Energieerzeugung. Aber auch Baden-Württemberg ist keine Insel. Daher bekennen wir uns auch zu der Notwendigkeit von Zubau und Ertüchtigung der Netzinfrastruktur für Strom und Gas. Wir unterstützen die Forderung nach Gründung einer „Deutschland-Netz-AG“ mit entscheidender staatlicher Beteiligung, damit die Modernisierung der Stromnetze zeitnah vorangeht. Und wir brauchen intelligente Netze, mit denen sich Stromfluss steuern und damit die erforderliche Bereitstellung von Regelleistung reduzieren lässt.

Die Energiewende bietet unserer Wirtschaft, den Stadtwerken, der EnBW, aber auch vielen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit diese aktiv mit zu gestalten und voranzutreiben. Baden-Württemberg muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen, insbesondere indem der durch die restriktive Regelung der Vorgängerregierung entstandene Investitionsstau an Windenergie aufgeholt wird. Dies sichert und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

Wir wollen daher die Ausnahmen für die energieintensiven Unternehmen bei der EEG-Umlage, den Netznutzungsentgelten und der Stromsteuer überprüfen.

Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass energieintensive Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren.

Mittelstand und Dienstleistungen stärken

Baden-Württemberg hat einen starken Mittelstand in der gesamten Fläche des Landes. Kleinere und mittlere Unternehmen sind wesentlicher Teil der Dynamik und der wirtschaftlichen Stabilität. Wirtschaftspolitik ist deshalb im Besonderen Politik für den Mittelstand, der das Rückgrat der Wirtschaft bildet. Gerade in der Krise waren die mittleren und kleineren Betriebe wichtige Stabilitätsfaktoren. Die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen erfordern eine neue Mittelstandspolitik. Die notwendige Energiewende und das Feld der Ressourceneffizienz sind aktuelle Innovationsfelder, die gerade im Handwerk und in mittelständischen Unternehmen neue Impulse verleihen können. Deshalb bedarf der Mittelstand der besonderen Förderung.

Notwendig ist eine Innovationsstrategie, die den Mittelstand einbindet und eine steuerliche FuE-Förderung anbietet, die auf kleine und mittlere Unternehmen zugeschnitten sind. Diese kann durch die Einführung von Steuergutschriften („tax credits“) auf Forschungs- und Entwicklungsausgaben umgesetzt werden. Die steuerliche Förderung soll zusätzlich zur Projektförderung erfolgen. Mittel des europäischen Strukturfonds sind stärker für Mittelstand, Innovationen und Technologietransfer einzusetzen.

Das Mittelstandsförderungsgesetz des Landes wird auf den Prüfstand gestellt und reformiert. Unternehmensgründungen müssen gefördert werden. Gerade der Mittelstand muss von bürokratischen Hemmnissen entlastet werden.

Dazu gehört auch, dass wir uns bundespolitisch dafür einsetzen, dass die Reformen um den Gründungszuschuss aus dem Jahr 2011 zurückgenommen werden. Der Gründungszuschuss, der die Gründung von Unternehmen durch Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld I (ALG I) unterstützt, gilt unter Arbeitsmarktforscherinnen und Arbeitsmarktforschern als einer der erfolgreichsten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Überlebenswahrscheinlichkeit der neugegründeten Unternehmen ist überdurchschnittlich hoch. Häufig schaffen die Gründerinnen und Gründer sogar weitere Arbeitsplätze.

Die Internationalisierungsanstrengungen der mittelständischen Unternehmen müssen unterstützt werden durch eine auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen ausgerichteten Außenwirtschaftsförderung.

Zentral für die Mittelstandsförderung ist die Finanzierung von Investitionen und Wachstum. Baden-Württembergs Mittelstand benötigt deshalb eine partnerschaftliche Bankeninfrastruktur. Für die mittelständische Wirtschaft ist die LBBW zusammen mit den Sparkassen unverzichtbar. Ein öffentlich rechtlich strukturiertes Kreditgewerbe ist neben den Genossenschaftsbanken Teil einer soliden Finanzierung von Unternehmen des Mittelstands und des Handwerks.

Den Fachkräftebedarf und Qualifikationen sicherstellen

Baden-Württemberg braucht eine Qualitätsoffensive auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die wirtschaftliche und technologische Spitzenstellung erhalten werden soll, bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte. Bereits heute gibt es Bereiche in denen Fachkräftemangel herrscht. In Folge des demografischen Wandels wird sich dieses Problem verschärfen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten.

Mit der „Allianz für Fachkräfte“ erfolgt auf landespolitischer Ebene ein wichtiger Impuls. Gemeinsames Ziel muss es sein, den Fachkräftebedarf in Baden-Württemberg zu decken und dem bereits mittelfristig drohenden Mangel von mehr als 200.000 Fachkräften rechtzeitig entgegenzutreten.

Der wachsende Fachkräftebedarf kann nur mit einer koordinierten Strategie gedeckt werden. Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- Die Reduzierung der Zahl der Schulabgänger/innen ohne Schulabschluss und die Sicherstellung des Übergangs in eine Ausbildung
- Die Verringerung der Ausbildungs- und Studienabbrüche
- Der Ausbau der Aus- und Weiterbildung auch in der Arbeitsmarktpolitik und deren Ausrichtung auf die zukünftigen Anforderungen
- Mehr Beschäftigung von Frauen
- Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung im Alter durch altersgerechte Arbeitsbedingungen
- Die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten
- Die Förderung von Zuwanderung, insbesondere aus dem europäischen Ausland.

Bereits im ersten Jahr hat die neue Landesregierung eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen ergriffen. Mit der Förderung der Kleinkinderbetreuung werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Entwicklungschancen benachteiligter Kinder deutlich verbessert. Die Gemeinschaftsschule und die Abschaffung der Studiengebühren sind Schritte für mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung. Modellprojekte für alleinerziehende Mütter unterstützen ihre berufliche Integration.

Die SPD Baden-Württembergs steht für kostenfreie Bildung – von der Kindertageseinrichtung bis zum Erststudium. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Das wirtschaftliche Potential unseres Landes sind die Menschen. Sie zu fördern ist Aufgabe einer umfassenden Bildungspolitik, die sich keineswegs auf wirtschaftliche Rationalität reduzieren lassen darf.

Wir brauchen alle Begabungen und Fähigkeiten. Kein Kind und kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Alle Jugendlichen haben ein Recht auf eine fundierte Berufsausbildung. Der direkte Einstieg insbesondere der Hauptschüler, Werkreal- und Realschüler in eine duale Ausbildung muss wieder zum Regelfall werden. Wir werden das duale System der Berufsausbildung erhalten, stärken und weiterentwickeln. Die Absolventen der dualen Berufsausbildung sollen in Zukunft zur Kammerprüfung zugelassen werden.

Die Übergangssysteme (BVJ, VAB, BEJ) werden wir grundlegend reformieren. Wir streben eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung des Übergangssystems an. Deren Ziel ist eine Ersetzung des bestehenden Flickenteppichs durch wenige Programme. Hierzu sollen die verschiedenen Angebote beim Übergang von der Schule in den Beruf optimiert werden sowie

die Aufgabenverteilung zwischen Bund (Agentur für Arbeit), Ländern und Kommunen klarer festgelegt werden.

Wir wollen die duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen. Eine berufliche Ausbildung ist unserer Meinung nach qualitativ höher anzusiedeln und ermöglicht die Weiterbildung an einer Universität.

Durch erleichterte Hochschulzugänge für Meister/innen und Facharbeiter/innen stellen wir Aufstiegsmöglichkeiten sicher. Gemeinsam mit den baden-württembergischen Hochschulen und auf der Grundlage bereits erfolgreicher Modellversuche werden wir unbürokratische Zugangswege auch für Menschen ohne (Fach-)Abitur oder FH-Reife schaffen und die Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Rahmen von Studiengängen gezielt ausbauen. Das berufsbegleitende Studieren muss ermöglicht werden.

Durch die Förderung einer Kultur des lebensbegleitenden Lernens und die Entwicklung von alternsgerechten Arbeitsmodellen gemeinsam mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeitgebern werden wir die Teilhabe von Älteren am Arbeitsleben sicherstellen.

Auch in der Arbeitsmarktpolitik muss sich der Fokus ändern – bei Fachkräftebedarf braucht die Arbeitsmarktpolitik eine neue Perspektive hin zu berufsqualifizierenden Abschlüssen in der Arbeitsförderung.

Mit einem Weiterbildungsfreistellungsgesetz schaffen wir für die Beschäftigten Voraussetzungen, einen eigenen Beitrag zur Sicherung und Steigerung ihrer Qualifikation zu leisten.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für lebensbegleitendes Lernen, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für alterns- und altersgerechte Arbeitsbedingungen und für die Integration von Migrantinnen und Migranten auch auf Bundesebene verbessert werden. Hierzu gehören ein modernes an den wirtschaftlichen Interessen und unseren humanitären Verpflichtungen gleichermaßen ausgerichtetes modernes Zuwanderungsrecht ebenso, wie die Weiterentwicklung der bisherigen Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung, die eine verlässlichen Finanzierung von Fort- und Weiterbildung sicherstellt.

Wir sind entschieden gegen das Betreuungsgeld. Die finanziellen Mittel werden für den weiteren Ausbau der Kleinkindbetreuung benötigt. Das Betreuungsgeld ist ein Fehlanreiz, der Frauen, die wir als Fachkräfte dringend brauchen, vom Arbeitsmarkt fernhält.

Durch aktive Arbeitsmarktpolitik Vollbeschäftigung erreichen

Das Land Baden-Württemberg trägt nach unserer Auffassung arbeitsmarktpolitische Verantwortung. Als Partner der Regionaldirektion für Arbeit und zusammen mit anderen Akteuren gestaltet Landespolitik Arbeitsmarktpolitik aktiv mit.

Es ist ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Politik, arbeitslosen Menschen wieder neue Perspektiven zu eröffnen und Vollbeschäftigung zu erreichen. Unsere Gesellschaft muss allen eine Chance geben. Dabei wollen wir sicherstellen, dass auch benachteiligte Gruppen wieder ins Arbeitsleben eingegliedert werden. Deshalb hat das SPD-geführte Arbeits- und Sozialministerium unter dem Titel „Gute und sichere Arbeit“ ein eigenes Arbeitsmarktprogramm auf den Weg gebracht. Zielgruppen sind benachteiligte Jugendliche und Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen.

Wir setzen uns auf der Landesebene dafür ein, dass die Kommunen ihren bundesgesetzlich zugestandenen Handlungsspielraum tatsächlich zugunsten einer regional und individuell abgestimmten Arbeitsmarktpolitik nutzen können.

Wir sehen insbesondere Defizite in der individuellen Betreuung von Arbeitssuchenden mit Vermittlungshemmnissen. Ein wesentlich verbesserter Betreuungsschlüssel und eine unterstützende Qualifizierung der Integrationsfachkräfte in den Jobcentern und kommunalen Beschäftigungsgesellschaften sind hierzu erforderlich.

Der aktiven Arbeitsmarktpolitik kommt im Hinblick auf den Fachkräftebedarf eine zentrale Rolle zu. Für beide Rechtskreise muss daher gelten, dass aktive Arbeitsmarktpolitik stets vorrangig auf eine Integration in reguläre Beschäftigung ausgerichtet ist. Das gilt auch bei Beschäftigten am sozialen Arbeitsmarkt. Daher muss sichergestellt werden, dass nur solche Arbeitslose im sozialen Arbeitsmarkt beschäftigt werden, die auf absehbare Zeit keine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt finden.

Durch ein gemeinsam mit der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit zu entwickelndes und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu finanzierendes Qualifizierungsprogramm „Wir machen aus Arbeitern Facharbeiter“ wollen wir sicherstellen, dass An- und Ungelernte auch weiterhin eine Chance auf baden-württembergischen Arbeitsmarkt haben.

Der zunehmende Bedarf nach Fachkräften verlangt eine stärker langfristige Ausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d.h. mit Blick auf die langfristigen Perspektiven am Arbeitsmarkt. Maßnahmen und Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen in diesem Zusammenhang stärker als bisher als Investitionen aufgefasst werden.

Zunehmende Risiken im Erwerbsverlauf erfordern eine Modernisierung der Arbeitsmarktpolitik durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung. Auch der Erhalt, die Anpassung und Weiterentwicklung von Qualifikationen muss gesichert werden. Dies gilt im Besonderen für Geringqualifizierte, da sie die höchsten Arbeitsmarktrisiken tragen und die geringsten Möglichkeiten zur Weiterbildung haben. Häufigere Übergänge zwischen unterschiedlichen Erwerbsformen machen die verbindliche Einbeziehung von Selbständigen in die sozialen Sicherungssysteme notwendig. Wir wollen für Selbständige die bislang freiwillige Arbeitslosenversicherung zu einer verpflichtenden Erwerbsversicherung weiterentwickeln.

Nur mit verlässlichen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten konnte ein dramatischer Beschäftigungseinbruch im Industrieland Baden-Württemberg aufgefangen werden. Angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten brauchen wir diese jederzeit abrufbaren arbeitsmarktpolitischen Instrumente als unerlässliche Stabilisatoren.

Unternehmensfinanzierung und Banken

Eine stabile wirtschaftliche Entwicklung setzt ein stabiles Bankensystem voraus, das den Unternehmen der Realwirtschaft verlässliche Finanzierungen bietet. Das Finanzsystem hat eine wichtige Funktion für die Wirtschaft, es ist aber für die Realwirtschaft da und nicht umgekehrt. Der Finanzsektor hat eine „dienende Funktion.“ Wir benötigen ein leistungsfähiges Bankensystem, das auch in wirtschaftlich angespannten Situationen die Wirtschaft mit Liquidität und Krediten versorgt. Gerade die gewollten Prozesse der sozial-ökologischen Modernisierung und der Wende in der Energiepolitik erfordern tragfähige Finanzierungslösungen.

Deshalb stehen wir zu einem Landesbankensystem, das in öffentlicher Hand bleibt, der Realwirtschaft insbesondere bei großen Finanzierungsvorhaben des Mittelstands dient und als Drehscheibe für den Zahlungsverkehr zu den Sparkassen fungiert.

Für Handwerksbetriebe, Gewerbetreibende und mittelständische Unternehmen haben sich die Genossenschaftsbanken und Sparkassen aufgrund ihrer regionalen Dezentralität bewährt. Die Schaffung einer Bankenunion und von EU-weiten Mechanismen zur Bewältigung von Banken Krisen darf nicht auf Kosten langjährig bewährter und stabiler Sicherungssysteme, wie z.B. der Institutssicherung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, gehen.

Wir stehen zu Bürgschaften des Landes für zeitweise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Unternehmen, um deren Bestand zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

Aus der Schlecker-Insolvenz wollen wir Konsequenzen ziehen. Insolvenzverschleppung soll auch für eingetragene Kaufleute strafbar sein. Das Insolvenzrecht ist in seinen Fristsetzungen kleinteiligen, unübersichtlichen Betriebsstrukturen anzupassen, um Sanierungen zu ermöglichen.

Moderne Infrastruktur

Ein wirtschaftlich leistungsfähiges Land braucht eine leistungsfähige Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie, Netze und Telekommunikation. Wirtschaftliche Entwicklung und ökologischer Umbau setzen eine moderne Infrastrukturpolitik voraus. Der Ausbau der Infrastruktur erfolgt beteiligungsorientiert und bezieht die Bürgerinnen und Bürger umfassend und frühzeitig ein.

Der ökologische Umbau bedarf systematischer Innovationen im Bereich des Netzausbaus und der Stromspeichertechnologien.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist die Voraussetzung von Teilhabe und wirtschaftlicher Entwicklung. Deshalb hat das Ziel, auch den ländlichen Raum mit einem schnellen Internet zu versorgen, hohe Priorität. Die digitale Kluft zwischen ländlichem Raum und Ballungszentren muss geschlossen werden. Landespolitik hat auf die unterversorgten Gebiete hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass über Förderungen die erforderlichen Breitbandinvestitionen schnell erfolgen. Dies fördert die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen.

Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg zieht ihre Stärke aus der Fläche. Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in den ländlichen Regionen befinden sich Unternehmen, die führend auf dem Weltmarkt agieren. Durch eine ausgewogene Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik ist sicherzustellen, dass diese dezentrale Stärke in der Fläche erhalten bleibt. Dabei wird es eine zentrale landespolitische Herausforderung darstellen, ein kommunales Finanzsystem zu entwickeln, welches den Kommunen auch in Zeiten des demografischen Wandels genügend Handlungsspielräume eröffnet, um leistungsfähige Infrastrukturen zur Verfügung stellen zu können. Denn dies ist Grundvoraussetzung dafür, dass junge, gut ausgebildete Menschen nicht in Ballungsräume abwandern, sondern vor Ort als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt der kommunale Finanzausgleich, der bislang überproportional stark auf Einwohnerzahlen abstellt, wird in seiner Struktur zu überprüfen sein.

Nachhaltige Mobilität erfordert eine integrierte Verkehrspolitik mit verkehrsträgerübergreifenden Konzepten sowie eine Verlagerung auf umweltschonende Verkehrsmittel. Beim Gütertransport müssen umweltfreundliche Verkehrsträger, wie der

Schienenverkehr und die Binnenschifffahrt gestärkt werden. Ein wichtiger Teil der Infrastrukturpolitik besteht in der bedarfsgerechten Modernisierung der Verkehrsnetze sowie im Ausbau bei Engpässen. Ein vordringliches Ziel muss es sein, vorhandene Verkehrswege optimal zu nutzen und die Effizienz zu steigern.

Nachhaltige Logistik

Baden-Württemberg ist einer der wichtigsten Logistikmärkte und -standorte in Deutschland. Insbesondere durch die exportstarken Branchen, wie der Automobil-, Maschinenbau-, Elektro- und chemischen Industrie, kommt dem Logistiksektor eine besondere Bedeutung im Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu. Zudem ist der Logistiksektor eine Wachstumsbranche, die für zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse sorgt. Derzeit sind fast ein Zehntel der Gesamtbeschäftigten in Baden-Württemberg in der erweiterten Logistikbranche tätig.

Das zunehmende Wachstum beim Gütertransport bedeutet aber auch große Herausforderungen in Bezug auf Klima- und Umweltschutz, demografischen Wandel und veränderte Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsanforderungen.

Notwendig ist ein gemeinsamer Dialog unter Beteiligung der Transport- und Logistikbranche, aller betroffenen Verbände und der Wirtschafts- und Umweltverbände, Gewerkschaften, Wissenschaft sowie der Politik zur Fortentwicklung eines nachhaltigen und möglichst integrierten Güterverkehrskonzeptes.

Das gemeinsame Konzept für eine nachhaltige Mobilität muss auf die Herausforderungen eingehen, die im Zuge des steigenden Verkehrsaufkommens bei gleichzeitig veränderten Logistikbedarfe und Mobilitätsbedürfnissen auftreten. Dabei stehen die Ziele der wirtschaftlichen Effizienz, der Umweltfreundlichkeit und der sozialen Verantwortung im Mittelpunkt.

Insbesondere die in der Logistikbranche zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) müssen bei dem Thema Nachhaltige Logistik eingebunden werden. Diese Unternehmen können von einem gemeinsamen Dialog profitieren, wenn sie ihre bereits bestehenden, innovativen Einzelmaßnahmen trotz begrenzter Kapazitäten ganzheitlich verknüpfen.

Mit der sozial-ökologischen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik die Zukunft gestalten

Mit dem politischen Wechsel im März 2011 hat zugleich eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in unserem Lande stattgefunden. Wir wollen den Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft zukunftsfest machen. Wir wollen eine gute Wirtschaft und ein soziales Baden-Württemberg. Mit einem neuen Politikstil der Beteiligung wollen wir gemeinsam das Projekt der sozial-ökologischen Modernisierung der Wirtschaft voranbringen. Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist eine Herausforderung mit neuen Chancen für eine nachhaltige Zukunft. In gemeinsamer Verantwortung können wir die wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes weiterentwickeln und den Wohlstand mehren für ein soziales Baden-Württemberg.

Kapitel Arbeit und Soziales

Beschluss AS 2

Kein Lohndumping und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen durch Werkverträge

Die SPD Baden-Württemberg sieht mit großer Sorge den zunehmenden Trend zu Werkverträgen mit den Folgen: Lohndumping und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.

Werkverträge werden immer mehr benützt, um Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten zu umgehen und schon schlechte Arbeitsbedingungen noch weiter abzusenken.

Leider wurden in der Vergangenheit die minimalen Schutzeinrichtungen nochmals verwässert. Mit unserer Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn hat die SPD einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diesen Ansatz bekanntlich abgelehnt, sie zeigt damit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, was sie von Mindestlöhnen und der Würde des arbeitenden Menschen hält.

Deshalb fordert die SPD Baden-Württemberg als erste Schritte:

1. Die Kampagne zum flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nochmals zu verstärken.
2. Scheinselbstständigkeit durch klare und einfach überprüfbare Regeln zu verhindern und dies durch ein Kontrollsystem sicherzustellen.
3. Die Werkverträge im Rahmen des Schutzes der im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach § 99 des Betriebsverfassungsgesetzes unter die Mitwirkung des Betriebsrates zu stellen.
4. Werkvertragsfirmen müssen ausgewiesene Fachfirmen der übernommenen Gewerke sein. Sie müssen eigen- und vollständig das übernommene Gewerk fertigtstellen können. Dies betrifft auch den Bereich der Qualitätssicherung und der eigenständigen Gewährleistung.

Kapitel Energie / Umwelt / Verkehr

Beschluss EUV 1

Energiewende im Land voranbringen

Die SPD befürwortet und bekräftigt den Kurs der Energiewende, wie wir ihn im Koalitionsvertrag der Landesregierung skizziert und vereinbart haben.

Die SPD Baden-Württemberg fordert eine Energieversorgungspolitik, die stärker auf den raschen Aufbau einer dezentralen Energieversorgung an den Verbrauchsstandorten mit Hilfe der regenerativen Energien abzielt statt in teure und mit Umweltkonflikten belastete Überlandnetze von Nord nach Süd zu investieren.

Insbesondere befürworten wir einen beherzten und schnellen Ausbau der Windenergienutzung, bei dem die Gemeinden über die Flächennutzungsplanung und im Rahmen des Immissionsschutzverfahrens einen großen Einfluss auf Errichtung und die Standorte von Windenergieanlagen haben.

Naturschutz, Landschaftsschutz und Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen deshalb klare und landesweite Vorgaben zum Vogel- und Fledermausschutz. Die Regionalverbände und Gemeinden fordern wir auf, mitzuhelfen, dass genügend geeignete Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Die Naturschutzverbände, Energiegenossenschaften und Energieinitiativen haben in diesem Prozess eine besondere Verantwortung.

Am Vorrang der Einspeisung von Erneuerbaren Energien ist festzuhalten, denn der weitere Ausbau ist unabdingbar.

Für Kurz-, Mittel- und Langzeitspeicherung von Strom brauchen wir die Pumpspeichertechnik ebenso wie die Redox-Flow oder andere Speichertechnik. Auch die Umwandlung der überschüssigen Energie in Wasserstoff oder Methan („power to gas“) und Methanol muss weiterentwickelt und marktreif gemacht werden, denn sie bietet die Chance, langfristig auch Energie für Mobilität aus Solar- und Windstrom zu gewinnen.

Deshalb wollen wir, dass hier im Land weitere Projekte gestartet werden, die zum Beispiel von der heimischen Autoindustrie, der EnBW, Stadtwerken, Hochschulen und Forschungsinstituten getragen werden.

Die wichtigsten Energiequellen: Energieeffizienz und Energiesparen

Zentrum der Energiewende muss die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sein. Bereits heute stehen uns die erforderlichen Technologien und Dienstleistungen zur Verfügung, um eine Verhundertfachung der Energieeffizienz zu erreichen. Diese Potentiale sind kurz-, mittel- und langfristig zu nutzen. Die Landesregierung ist aufgefordert, diesen Prozess weiterhin aktiv zu unterstützen. Wir begrüßen die bereits aufgelegten Programme des Landes. Insbesondere müssen die Anstrengungen zur Energieeinsparung und zur energetischen Gebäudesanierung, insbesondere bei den landeseigenen Gebäuden, verstärkt werden. Aufklärungskampagnen von Gemeinden und Bürgerenergiegenossenschaften bzw. -vereinen, um mehr Hauseigentümer für

die Nutzung regenerativer Energien und energiesparende Maßnahmen zu gewinnen, sind finanziell durch das Land abzusichern.

Ohne eine Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz wird es zwangsläufig zu einem massiven Interessenkonflikt zwischen (Erneuerbare-) Energiewirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftsschutz kommen. Die Politik ist gefordert mittelfristig die Kosten für Naturverbrauch zu erhöhen. Hierbei ist auch eine gesetzliche Grundlage für sozialgestaffelte Energiepreise zu schaffen. Die Basisversorgung mit Energie muss bezahlbar bleiben.

Wichtig in den nächsten Jahren vor allem: Versorgungssicherheit, stabile Energiepreisentwicklung und Energieeffizienz

Die Stromknappheit in den kältesten Tagen des vergangenen Winters zeigte, dass es trotz Atomausstieg und einer Rekordnachfrage nach Strom gelang, die Stromversorgung sicherzustellen und sogar noch Strom nach Frankreich zu exportieren.

Dieser Engpass hat jedoch auch große Anstrengungen und ein perfektes Netzmanagement erfordert. Er hat auch gezeigt, dass wir in Zeiten von Spitzennachfragen und gleichzeitigen Zeiten mit wenig Wind und Sonneneinstrahlung genügend Reserven und Erzeugungskapazitäten brauchen, um die Versorgung sicherzustellen.

Hierzu streben wir neue Kapazitätskraftwerke auf Gasbasis an, die für solche Spitzenlastzeiten zur Verfügung stehen. An ihrer Finanzierung müssen sich alle beteiligen, die von einer zuverlässigen Stromversorgung profitieren, auch die Wirtschaft. Ebenso wie an diesen Zusatzkosten für Reservekraftwerke sollen deshalb auch die Unternehmen wieder fair an der EEG-Umlage und den Netzentgelten beteiligt werden.

Wir stehen für eine berechenbare Preisentwicklung und eine hohe Versorgungssicherheit. Gleichbleibende Preise können auf Grund der hohen Fluktuationen an Ölmarkt nicht garantiert werden. Eine stabile und berechenbare Preisentwicklung bietet der Wirtschaft die Grundlage für langfristige Investitionen im Bereich der Energieeffizienz. Für vorrausschauende Unternehmen erhöhen sich die Energiekosten auch bei steigenden Energiepreisen nicht. Zusätzlich zur stabilen Preisentwicklung ist sicherzustellen, dass der Basisbedarf an Energie für alle Menschen gesichert ist.

Bis zum Aufbau ausreichender Reservekapazitäten auf Basis von Erdgas, Energiespeichern und Erneuerbaren Energien (wie Geothermie und Bioenergie) müssen wir die mit dem Neubau der beiden Kohlekraftwerke in Mannheim und Karlsruhe ersetzten Kohlekraftwerksblöcke als stille Reserven für Zeiten mit hohem Strombedarf (bei gleichzeitig wind- und sonnenarmer Witterung) in Bereitschaft halten.

Mit diesen Kapazitätsreserven werden wir auch den weiteren Atomausstieg bis 2022 in den Lastspitzen gut bewältigen können, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Projekte in den Stadt- und Landkreisen, die im Sinne des nachhaltigen Klimaschutzes darauf abzielen, durch eine intelligente Bündelung und Steuerung der dezentralen regenerativen Energieerzeugung die volle Autarkie in der Energieversorgung von Regionen zu erreichen, sind von der Landesregierung finanziell zu unterstützen.

Wir wollen daher die Ausnahmen für die energieintensiven Unternehmen bei der EEG-Umlage, den Netznutzungsentgelten und der Stromsteuer überprüfen.

Gasnetz und Gasreserven optimieren

Die Situation im Februar 2012 hat auch offenbart, dass wegen fehlender Gasmengen die vorhandenen Gaskraftwerke im Land nicht oder nur teilweise genutzt werden konnten, um Strom zu liefern.

Zusätzlich zum beschleunigten Ausbau des Stromnetzes, den wir befürworten, benötigen wir deshalb den Ausbau des innerdeutschen Gasnetzes. In Zeiten großen Strombedarfs muss bei verknüpften Gaslieferungen aus dem Ausland durch Transport und Nutzung der großen Erdgasspeicher in Nordwestdeutschland sichergestellt sein, dass die vorhandenen und künftigen Gaskraftwerke im Land in Betrieb genommen werden können.

Die vorhandenen, aber nicht mehr genutzten Speicherkapazitäten für Gas im Land sind zu sichern, denn auch sie bieten Leistungsreserven bei Engpässen in der Gas- und Stromversorgung.

Wir fordern deshalb das Land, die Bundesnetzagentur, Gasversorger, Stadtwerke und EnBW auf, sich an einen Tisch setzen, um Wege zu finden, wie man diese Reserven aufspüren und wieder nutzbar machen kann, anstatt später mit viel mehr Geld neue aufbauen zu müssen. Die Erschließung von Erdgasvorkommen durch Fracking lehnen wir ab, da die Risiken der Technologie nicht abschätzbar sind.

Kapitel Finanzen

Beschluss F 6

Weiter für ein Verbot von Spekulationen auf Lebensmittel kämpfen!

Wir Jusos fordern weiterhin ein Verbot von Spekulationen auf Nahrungsmittel und setzen uns verstärkt für dieses Ziel ein.

In den letzten Jahren sind die Preise für Lebensmittel stark gestiegen. So stieg der Preis für eine Tonne Getreide zwischen Ende 2009 und Mitte 2011 von 100 Dollar auf 250 Dollar, zeitweise sogar auf 300 Dollar. Der Preis für eine Tonne Mais stieg zwischen Mitte 2010 und Mitte 2011 von 150 Dollar auf 300 Dollar. Diese Preisanstiege treffen die Armen dieser Welt, die 70 % ihres Einkommens für Nahrung ausgeben müssen, am stärksten. Laut UNO sind, durch den Anstieg der Lebensmittelpreise, allein zwischen Mitte 2010 und Mitte 2011 44 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze gefallen.

Die Preise werden von den Rohstoffbörsen der westlichen Welt beeinflusst, die größte ist die Chicago Board of Trade. Bis 1999 wurde der Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt. 1999 wurde, auf Druck von FinanzlobbyistInnen, der Lebensmittelmarkt für InvestorInnen und Banken in den USA geöffnet und 2004 weiter liberalisiert. Nach dem Crash der Finanzmärkte wurde der Lebensmittelmarkt für Großinvestoren und Fonds ein Ausweichmarkt. Es kam zu einem Run auf Finanzgeschäfte mit Agrarstoffen und die große Spekulation begann. Dieser Markt ist deshalb so attraktiv für SpekulantInnen, da ein bevorstehender Engpass in der Zukunft den Anstieg der Preise und daher große Einnahmen verspricht. Der Markt hat sich inzwischen von jedem realen Faktor entfernt. 2009 betrug die global tatsächlich produzierte Menge Mais ca. 750 Mio. Tonnen Mais, die an den Märkten gehandelte imaginäre Menge hingegen ca. 2,6 Mrd. Tonnen.

Die Lebensmittelmärkte müssen sofort reguliert und Investoren und Banken von diesem Markt entfernt werden. Wir Jusos fordern weiterhin ein Verbot von Spekulationen auf Nahrungsmittel und setzen uns verstärkt für dieses Ziel ein.

Quelle für die Zahlangaben:

Knaup, Konrad/Schiessl, Michaela/Seith, Anne: „Die Ware Hunger“, in: Der Spiegel, Hamburg, Ausgabe 35/2011, S.75-80.

Kapitel Innen und Recht

Beschluss IR 1

Prävention statt Repression: Perspektiven schaffen, Menschen in ihrer Lebensbewältigung positiv unterstützen - Gegen eine Verbotspolitik

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich auch weiterhin gegen ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen aus. Die Sozialdemokratie hat den Anspruch, Perspektiven zu schaffen, Menschen in ihrer Lebensbewältigung positiv zu unterstützen. Eine Verbotspolitik widerspricht den sozialen Grundwerten, legt den Fokus auf das Problemverhalten und versucht dies abzuschieben. Durch präventive Arbeit wird das Problem stattdessen an der Wurzel gepackt und die Gemeinden in Baden-Württemberg und ihre Bewohner und Bewohnerinnen ehrlich unterstützt.

Beschluss IR 4

Reform des kommunalen Wahlrechts endlich angehen!

Die SPD-Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung werden beauftragt, bis zur parlamentarischen Sommerpause 2013 einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der vorsieht, das kommunale Wahlrecht in Baden-Württemberg zu den Kommunalwahlen 2014 in folgenden Punkten zu ändern:

- Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre sowohl für Gemeinderäte als auch Kreistage
- Abschaffung der unechten Teilortswahl
- Unvereinbarkeit des Amtes des (Ober-)Bürgermeisters/ der (Ober-)Bürgermeisterin mit einer Mitgliedschaft in einem Kreistag

Darüber hinaus soll der Gesetzentwurf die Direktwahl der Landräte ab dem Jahr 2014 durch die bei Kommunalwahlen Wahlberechtigten vorsehen.

Beschluss IR 15

Für eine effektive und dauerhafte Extremismusprävention

Die Aufdeckung der Mordserie der neonazistischen Terrorzelle NSU hat die Dimension der Gefahr von Rechts auf grausame Weise offenbart. Insbesondere wurde in diesem Zusammenhang deutlich, wie sehr das Phänomen des Rechtsextremismus in Deutschland jahrelang von Politik, Presse und Öffentlichkeit unterschätzt und relativiert wurde und welche eklatanten Ermittlungsfehler den Behörden unterlaufen sind. Eine Neujustierung des staatlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus ist daher mehr

denn je geboten, um die Gefahren schneller zu erkennen, präventiv zu agieren und so die Gesellschaft besser zu schützen. Dies bedarf einer verstärkten polizeilichen Repression sowie einer effektiveren Ermittlungsarbeit und konsequenten Strafverfolgung. Der rechtliche Rahmen muss bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus konsequent ausgenutzt und gegebenenfalls verschärft werden.

Vor allem aber bedarf es eines abgestimmten Handlungskonzepts für eine dauerhafte Extremismusprävention, das staatliche Ansätze bündelt und koordiniert, zivilgesellschaftliches Engagement gezielt und nachhaltig fördert und die Demokratiebildung in allen Bevölkerungsschichten stärkt. Extremismusprävention muss als dauerhafte, gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden, die kontinuierlich betrieben wird und nicht nur bei entsprechenden medialen Schlagzeilen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangen darf. Unsere Demokratie muss sich als wehrhaft erweisen, indem sie einerseits gute Aufklärungsarbeit gegenüber den falschen Versprechungen und den 'einfachen Antworten' der Extremisten betreibt und darüber hinaus eine effektive Bekämpfung existierender verfassungsfeindlicher Umtriebe gewährleistet. Der beste Schutz gegen die Gefahren von Rechts ist in diesem Sinne, von Beginn an zu verhindern, dass Menschen aller Altersgruppen verlockt werden und in die rechte Szene abgleiten. Szeneangehörigen wiederum müssen echte Ausstiegchancen und Ausstiegshilfen angeboten werden.

Die SPD ist die Partei, die für eine schonungslose Aufklärung bisheriger Missstände und darauf basierend für eine konsequente und effektive Bekämpfung rechtsextremistischer Gefahren steht. Antifaschismus und der Kampf gegen jegliche Form von Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gehören historisch zu den Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie. Nach dem massiven Vertrauensverlust, den der Staat durch das Versagen seiner Institutionen im Zusammenhang mit der Terrorzelle NSU erlitten haben, muss die SPD als Regierungspartei in Baden-Württemberg und weiteren elf Bundesländern alles daran setzen, dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch erfolgreiche Maßnahmen und ein entschlossenes Vorgehen im Kampf gegen Rechts wieder herzustellen.

Abgestimmtes Handlungskonzept

Ein umfassendes Handlungskonzept für eine bessere Rechtsextremismus-Prävention muss die unterschiedlichen Ansatzpunkte verbinden und die spezielle Situation im Land berücksichtigen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die schulische Ausbildung: notwendig ist eine Überarbeitung und Anpassung der Bildungspläne, um die aktuelle Relevanz des Themas im Schulunterricht zum Ausdruck zu bringen. Bei der Überarbeitung der Bildungspläne werden gezielt außerschulische Kompetenzen mit einbezogen. Um diesen Bildungsansatz erfolgreich durchzusetzen, müssen die Lehrerinnen und Lehrer entsprechend ausgebildet sein und regelmäßig an Fortbildungen zu diesem Thema teilnehmen. Entscheidend dabei ist, rechtsextremistische „Codes“ und Erkennungszeichen zuverlässig identifizieren zu können und mit einschlägigen Argumentationen und Strategien vertraut zu sein. Die Kooperation von Schule und zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Abwehr rechtsextremistischer Köderungsversuche ist dabei ausdrücklich erwünscht. Unsere Lehrerinnen und Lehrer sind nicht nur Vermittler von Fachwissen, sondern auch von demokratischen Werten und Idealen. Ausdrücklich fördern und unterstützen wir die Ausweitung der Kampagne „Schule ohne Rassismus“ auf viele weitere Schulen in Baden-Württemberg.

Die Fortbildungsangebote zur Schulung von Strategien gegen Rechtsextremismus müssen sich auch an Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Multiplikatoren der außerschulischen Bildung richten. Diese leisten überall in Baden-Württemberg eine unersetzliche Arbeit im Rahmen von politischer Bildung und Aufklärung vor Ort und müssen eine entsprechende öffentliche Unterstützung erfahren. Gerade dort, wo dies von staatlicher

oder kommunaler Seite nicht geleistet werden kann, sind dezentrale, ehrenamtlich getragene Beratungsangebote für Opfer und Betroffene von größter Wichtigkeit. Insbesondere Eltern, deren Kinder mit rechtsextremistischen Tendenzen in Berührung kommen oder in die Szene abgleiten, sind oftmals völlig hilflos mit dieser Situation konfrontiert und brauchen dringend professionelle Hilfs- und Beratungsangebote, um wiederum selbst gegensteuern und effektive Prävention leisten zu können. Speziell abgestimmte Elternarbeit ist daher entscheidend. Auch aus diesem Grund brauchen Initiativen und Organisationen, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus verschrieben haben, verlässliche und dauerhafte Förderstrukturen und vor allem Wertschätzung für ihr demokratisches Engagement.

Unser Ziel muss es sein, eine flächendeckende, starke Unterstützungsinfrastruktur für zivilgesellschaftliches Engagement von Einzelpersonen oder Initiativen aufzubauen. Neben den notwendigen Beratungs- und Schulungsangeboten, die auch anonymisiert im Rahmen von professionellen Informationsmaterialien und hochwertigen Web-Auftritten stattfinden können, streben wir die Einrichtung eines Pools an qualifizierten ReferentInnen an, die landesweit zielgenau eingesetzt werden können und lokale Angebote ergänzen / unterstützen und beim Aufbau entsprechender Strukturen mithelfen. Überdies können speziell geschulte Interventionsteams an Brennpunkten eingesetzt werden, um auf neue Entwicklungen wie etwa einem regelmäßigen, verstärkten Auftreten von Rechtsextremisten schnell reagieren zu können. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns klar für eine Weiterführung des Projekts **Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus** aus.

Bei der Arbeit mit Jugendlichen sind überdies attraktive und innovative pädagogische Angebote und Aktionsformen (etwa Planspiele, Aktionstage, Peer-Teaching-Angebote) gefragt, die spezielle Zielgruppen besonders ansprechen und ein größeres Interesse am Thema wecken können. Dieser Ansatz zielt insbesondere auf sozial schwache und bildungsbenachteiligte Jugendliche ab, deren Interesse und Verständnis für politische Fragen von Haus aus eher gering ist.

Ein wichtiger Aspekt der Rechtsextremismus-Prävention ist überdies die wissenschaftliche Analyse und begleitende Forschung zu diesem Phänomen. Eine intensive akademische Auseinandersetzung dient als Grundlage, um die Gefahren über längere Zeiträume richtig einschätzen zu können, Verbindungslinien zu sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu ziehen und die Präventionsmaßnahmen somit zielgenau konzipieren und ausrichten zu können. Über Stipendien, Forschungsstellen und Projektfördertöpfe soll der Staat aktuelle Forschungsansätze zu diesem Thema stärker als bisher unterstützen und dauerhaft als interdisziplinäres Thema etablieren.

Aufgabe aller demokratischen Parteien ist es zudem, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten im politischen Raum offensiv zu führen und keine demagogischen Thesen unwidersprochen im Raum stehen zu lassen. Den gewählten VolksvertreterInnen kommt damit ebenfalls eine wichtige Aufgabe im Bereich der politischen Bildung zu. Unabhängig davon halten wir an unserer Forderung eines Parteiverbots der NPD fest und fordern Bund und Länder auf, die Voraussetzungen für ein neuerliches Verbotsverfahren auf einwandfreier rechtlicher Grundlage zu schaffen.

Überdies sollen die Kommunen ermutigt werden, sich aktiv gegen Rechtsextremismus zu positionieren und entsprechende Initiativen vor Ort zu unterstützen, anstatt dieses Problem tozuschweigen. Das berechtigte Bedürfnis einer Kommune nach öffentlicher Sicherheit darf nicht zur Folge haben, dass die Bevölkerung gar nicht erfahren soll, dass entsprechende Aktionen vor sich gehen und nur gut informierte Kreise, die die rechte Szene selbst beobachten, davon wissen. Anstatt eines „aktiven Ignorierens“ müssen Zivilcourage und friedlicher Widerstand gestärkt werden. Wo immer sich Kommunen mit diesem Problem überfordert

sehen, soll von höherer Ebene wie etwa durch die Interventionsteams praktische Hilfestellung geleistet werden.

Koordinierende Stelle

Unser Ziel ist es, eine effektive Bündelung und Vernetzung aller beteiligten Akteure zu organisieren. Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Kommunen, sonstigen Projektträgern und staatlichen Institutionen soll in einer koordinierenden Stelle zusammenlaufen, jedoch ohne dass die Träger ihre Eigenständigkeit und ihren dezentralen Einsatz aufgeben müssen. Diese Stelle ist für die Umsetzung des Handlungskonzepts zuständig und gewährleistet einen effektiven Informationsaustausch und die Schaffung von Synergieeffekten.

Extremismus-Prävention betrifft sowohl die Bereiche Bildung, Sozialpolitik, Integration, Innere Sicherheit sowie Rechtspolitik und wird daher als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe angesehen. Insofern fordern wir die Einsetzung eines „Extremismusbeauftragten“, der vergleichbar dem Landesbeauftragten für Datenschutz unmittelbar dem Landtag unterstellt ist. Er arbeitet eng mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammen, unterstützt dezentrale Initiativen in ihrer Arbeit, sorgt für einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den Akteuren der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und formuliert Handlungskonzepte für die Landespolitik. Der Extremismusbeauftragte hat dem Landtag einmal im Jahr einen umfassenden Bericht über seine Arbeit und die aktuellen Entwicklungen in der Extremismusbekämpfung vorzulegen.

Beschluss IR 21

Überwachungsprojekt INDECT stoppen

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich gegen eine Weiterführung des Projekts INDECT aus und fordert bezüglich der weiteren Entwicklungen bei diesem Projekt umfassende Transparenz und Aufklärung der Bürger über die Konsequenzen und Ziele des Projekts ein, sofern das Projekt nicht gestoppt werden kann.

Beschluss IR 22

Daten der Meldeämter vor Zweckentfremdung schützen!

Die Daten aller Bürgerinnen und Bürger bei den Meldeämtern sind vor einer Verwendung, die nicht zu den eigentlichen Erhebungszwecken gehört, zu schützen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Daten grundsätzlich vor einer Nutzung für Werbung und Adresshandel geschützt werden müssen.

Die derzeit laufende „Fortentwicklung des Meldewesens“, die eine entsprechende kommerzielle Nutzung der Daten vorantreibt und selbst die Widerspruchsmöglichkeiten gegen diese Verwendungen abschafft oder untergräbt, ist abzulehnen.

Die SPD steht in der Verantwortung, die Daten der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich zu schützen! Deshalb muss die SPD auf Landes- und Bundesebene und im Bundesrat alles tun, um die Daten gegen Unternehmensinteressen, und auch die finanziellen Interessen des Staates, zu schützen.

Beschluss IR 23

Scoring-Daten: Verwendbare Infos einschränken

Wir fordern, als Reaktion auf die Schufa-Facebook-Pläne, das Bundesdatenschutzgesetz so zu reformieren, dass für alle Scoring-Unternehmen die Verwendung personenbezogener und personenbeziehbarer Daten aus dem Internet allgemein untersagt wird.

Beschluss IR 29

Freies W-LAN ermöglichen - Störerhaftung abschaffen

Wir fordern in Deutschland den Betrieb frei nutzbarer W-LAN-Netze sowohl für Firmen als auch für Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Hierfür gilt es die zivilrechtliche Störerhaftung für Internetzugänge abzuschaffen, von der registrierte Internetserviceprovider bereits jetzt ausgenommen sind. Genau wie Internetserviceprovider von der Störerhaftung freigestellt sind, so solle jeder Kleinanbieter eines freien W-LAN-Netzes, der einen Internetzugang innerhalb seiner geringen Reichweite anbietet, ebenfalls von der Störerhaftung freigestellt sein. Die Störerhaftung ist ohnehin ein rein zivilrechtlicher Anspruch, der bei der Verfolgung von Straftaten nicht weiterhilft.

Wir stellen uns grundsätzlich gegen Forderungen, die grundsätzliche Identifizierbarkeit im Internet zur Pflicht zu machen.

In der Ermöglichung von flächendeckenden freien W-LAN-Netzen sehen wir einen wichtigen Schritt in Richtung vom Internetzugang als Grundrecht für alle.

Beschluss IR 30

Internetübertragung von Gemeinderatssitzungen ermöglichen!

Hiermit fordern wir die Landtagsfraktion und Landesregierung auf, eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel zu starten, für die Internetübertragung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen eine datenschutzrechtlich gesicherte Rechtsgrundlage zu schaffen.

Beschluss IR 31

Freie Software für eine freie Gesellschaft

Die Jusos Baden-Württemberg sprechen sich für den bevorzugten Einsatz von freier Software, u. a. Open Source Software, innerhalb der SPD und in der Landesregierung aus und fordern die SPD-Baden-Württemberg auf dies ebenfalls zu tun. Des Weiteren sollen nach Möglichkeit offene und freie Dateiformate verwendet werden. Gleichzeitig wünschen wir uns eine breite und offene Diskussion bis in die Gliederungen hinein.

Kapitel Kultus

Beschluss Ini 1

Stärkung der Bildung auf solider Grundlage

Die SPD Baden-Württemberg ist mit dem Ziel angetreten, für mehr Bildungsgerechtigkeit und individuelle Förderung zu sorgen. Diesem Ziel sehen wir uns verpflichtet. Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Ausbau der Ganztagesbetreuung, der Einführung von Gemeinschaftsschulen und der Inklusion in Schulen.

Wir unterstützen den Kurs der Landesregierung, den Bildungsaufbruch Schritt für Schritt auf solider finanzieller Grundlage zu verwirklichen. Auf diesem Weg hin zu mehr Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit haben wir bereits wichtige Erfolge erzielt, vom "Pakt für Familien mit Kindern" (Verdreifachung der Mittel für die Kleinkindbetreuung) über die Einführung der Gemeinschaftsschule, die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, den Ausbau der Sprachförderung und die Finanzierung der Schulsozialarbeit bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren. Angesichts des Schuldenberges, den Schwarz-Gelb im Land hinterlassen hat, gilt es - vor allem auch im Interesse unserer Kinder und Enkel - beides zu schaffen: Gute Bildung für alle und finanzielle Handlungsspielräume in der Zukunft. Deshalb gibt es für uns keinen Automatismus, dass weiter zurückgehende Schülerzahlen in jedem Schuljahr 1:1 bei den Lehrerstellen umgesetzt werden. Vielmehr muss bei jeder Haushaltsaufstellung geprüft werden, welche Erfordernisse sich aus der Umsetzung unserer bildungsspezifischen Ziele ergeben. Wir unterstützen die Kultusministerin dabei, die kontinuierliche Analyse und Evaluation der bestehenden Bildungsausgaben und der Lehrerversorgung in den einzelnen Teilregionen durchzuführen.

Unser Ziel bleibt dabei: Bis 2020 wollen wir in Baden-Württemberg eine Bildungs- und Betreuungsgarantie vom ersten Geburtstag bis zum letzten Schultag verwirklichen. Das heißt: Die Familien im Land können sich darauf verlassen, dass ihre Kinder ganztägige Bildungsangebote erhalten. Und wir werden für alle Kinder ein gemeinsames Schulangebot schaffen.

Beschluss K 4

Ausbau von Ganztagsgrundschulen

Gebundene Ganztagsgrundschulen können gemäß den Regelungen aus CDU-Regierungszeiten nur dann genehmigt werden, wenn eine „besondere pädagogische und soziale Aufgabenstellung“ (sozialer Brennpunkt) an der Schule vorliegt. Wir fordern den Verzicht auf diese Voraussetzung.

Kapitel Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschluss WFK 3

Zivilklausel in das Landeshochschulgesetz

Die Delegierten des SPD-Landesparteitages fordern die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der SPD und die Gremien der Partei auf, in Erfüllung des Wählerauftrags, für eine Aufnahme einer Zivilklausel, die auch für das KIT gilt, in das Landeshochschulgesetz zu sorgen.

Beschluss WFK 4

Zukunftsfähige Finanzierung unserer Hochschulen

Die Hochschulfinanzierung in Deutschland muss auf eine kontinuierliche und solide Basis gestellt werden. Dabei müssen alle Aufgaben der Hochschulen gleichermaßen berücksichtigt werden, insbesondere Lehre & Forschung.

Dafür fordern wir die Grundfinanzierung der Hochschulen zu stärken. Um dies zu gewährleisten fordern wir die Landesregierung auf folgende Maßnahmen umzusetzen bzw. zu unterstützen.

Hochschulpakt 2020

Der Hochschulpakt 2020 muss nachverhandelt und an die gestiegene Prognose der Studienanfängerzahlen der Kultusministerkonferenz vom 24.01.2012 angepasst werden. Es muss geprüft werden, ob in Zukunft eine dynamische Anpassung der Vereinbarung umgesetzt werden kann.

Kooperationsverbot

Wir unterstützen die Initiative der SPD Bundestagsfraktion vom 24.01.2012, die mit einem neuen Grundgesetzartikel 104c Vereinbarungen über dauerhafte Finanzhilfen zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich ermöglicht. Die viel zu kurz greifende Änderung des Artikel 98b, wie sie die schwarz-gelbe Bundesregierung vorschlägt lehnen wir als ungenügend ab.

Kapitel Parteiorganisation

Beschluss PO 1

Statutenänderung zur Aufstellung der Kommunalwahllisten

Neu einzufügen in § 5 Absatz 4 Landesstatut:

„Für die Aufstellung von Listen für die Wahlen zu kommunalen Vertretungskörperschaften im Gebiet des Landes Baden-Württemberg gilt § 4 Absatz 2 der Wahlordnung der SPD entsprechend. Die Aufstellung der Listen erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.“

Beschluss PO 2

Kanzlerkandidat durch Mitgliederentscheid

Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg fordert, den/die Kanzlerkandidaten/in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch einen Mitgliederentscheid zu bestimmen, wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt. Bewerbungen müssen entweder vom Parteivorstand oder mindestens von einem SPD-Bezirk bzw. SPD-Landesverband unterstützt werden.

Beschluss PO 7

Anträge ins Internet

Im Landesstatut der SPD Baden-Württemberg soll §11 Absatz (5) um folgendes erweitert werden:

„Die Anträge sind unmittelbar nach Abgabe im Internet zu veröffentlichen – inklusive der Antrags-Begründung und Eingangsdatum. Die Anträge werden mit der Stellungnahme der Antragskommission ergänzt sobald diese verfügbar ist.“

Beschluss PO 8

Priorisierung der Anträge

Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf einem der nächsten Landesparteitage die Anwendung eines Alex-Müller-Verfahrens zu erproben.

Beschluss PO 11

Offenlegung von Politikergehältern und mandatsbedingten Entschädigungen

Alle SPD-LandesministerInnen bzw. StaatssekretärInnen, SPD-MinisterialdirektorInnen, SPD-Mitglieder des Europäischen Parlaments, SPD-Bundes- und Landtagsabgeordneten aus Baden-Württemberg sowie SPD-BundesministerInnen bzw. StaatssekretärInnen sind verpflichtet, ihre Gehälter sowie alle amts- und mandatsbedingten Entschädigungen auch aus den Beiräten, Zweckverbänden, Aufsichtsräten, Kuratorien etc. offen zu legen.

Diese Daten sollen zusammengetragen und jährlich von der SPD Baden-Württemberg veröffentlicht werden. Es soll zudem berücksichtigt werden, was von den Gesamteinkünften behalten werden darf und was abgegeben werden muss. Die Auflistung muss separat und namentlich erfolgen.

Resolutionen

Resolution 1 „Geschlechtergerechtes Kommunalwahlrecht“

Die SPD Baden-Württemberg bestärkt auf Grund der aktuellen politischen Debatte um eine Wahlrechtsreform in Baden-Württemberg ihren Willen und dass sie aktiv daran mitwirken wird, den Frauenanteil in allen Parlamenten zu erhöhen.

Daher wird sie auch künftig eine Gesetzesnovellierung des Kommunalwahlrechts und des Landtagswahlrechts - wenn notwendig verbunden mit einer Änderung des Grundgesetzes – zur Erhöhung des Frauenanteils in Parlamenten voran treiben und fordert alle beteiligten Akteure auf sich hieran zu beteiligen.

Eine repräsentative Demokratie läuft darauf hinaus, dass das Volk im Parlament gespiegelt werden soll, um dann auch eine interessengerechte Politik machen zu können. Diese Politik ist nicht möglich, wenn nur ein Teil des Volkes sich im Parlament befindet.

Das Argument, gesetzliche Regelungen zur Listenaufstellung der Parteien sei ein Eingriff in die Grundsatzfreiheit, übersieht, dass die Chancengleichheit bei Frauen und Männern heute noch gar nicht hergestellt ist. Dass Frauen immer noch aufholen, den demokratischen Vorsprung, den Männer haben, weil sie schon viel länger das aktive und passive Wahlrecht besitzen und am politischen Leben teilhaben dürfen. Gesetze werden geschaffen um Strukturen aufzubrechen. Um endlich zu dem Stand zu kommen, dass wirklich beide Geschlechter eine gleiche Chance haben. Also dem Stand den wir fast seit Gründung der SPD politisch fordern. Die Beseitigung formeller Hindernisse reicht nicht aus, um einen gleichen Anteil an der politischen Einflussnahme zu erreichen. Vielmehr sind aktive Maßnahmen erforderlich, um eine substantielle Gleichheit zu schaffen.

Es geht um Rechte, insbesondere aber um Gerechtigkeit und Demokratie. Die zahlenmäßig ausgewogene Repräsentation von Frauen und Männern in gewählten Gremien ist an sich ein Ausdruck von Parität – von Demokratie also. Eine Gesellschaft, in deren gewählten Gremien die Geschlechter nicht gleichberechtigt vertreten sind, kann nicht als Ort einer starken und funktionierenden Demokratie gesehen werden.

Es ist falsch, dass die mangelnde Beteiligung der „bestausgebildetesten“ Frauengeneration in Gremien als Hauptursache eingeschränkte Erfahrungen und Kenntnisse dieser Frauen habe. Talentschulung und andere Maßnahmen zur Entwicklung der Fähigkeiten von Frauen werden daher auch nur geringe Veränderungen erreichen. Sie werden jedoch nicht zur Verbesserung der strukturellen Situation beitragen.

Nicht die Frauen sind das eigentliche Problem und die, die sich verändern müssen, es ist das politische System und als dessen Akteure die Parteien, die in der Verantwortung stehen zu handeln. Da die Parteien hier ihr Privileg der Gestaltung nicht nutzen, ist es an der Gesetzgeberin und damit auch an der SPD in Baden-Württemberg hierzu die gesetzlichen Rahmenbedingungen voranzutreiben.

Resolution 2 „Solidarität mit Helmut Schmitt“

Helmut Schmitt ist seit über 30ig Jahren Betriebsrat beim Weinheimer Bodenbelaghersteller nora systems (ehem. Freudenberg). In der Belegschaft ist er anerkannt, erhielt in der Aufsichtsratswahl 2008 und in der Betriebsratswahl 2010 die meisten Stimmen. Auch gewerkschaftlich ist er Ansprechpartner. Helmut ist kritisch und für das Unternehmen unbequem, so auch 2007, als er die Belegschaft gegen den geplanten Verkauf unterstützte und sich als Betriebsrat für ihre Interessen einsetzte. Seit langem versucht die Geschäftsleitung Helmut mit Gerichtsverfahren und Abmahnungen einzuschüchtern und mundtot zu machen. Bisher ohne Erfolg. Alle Verfahren hat er gewonnen!

Am 2. Juli 2012 wurde Helmut Schmitt fristlos gekündigt. Aber diesmal bekam die Geschäftsleitung offene Unterstützung von der Betriebsratsmehrheit. Diese leitete kurz vor der Kündigung ein Ausschlussverfahren aus dem Betriebsrat gegen ihn ein und stimmte danach der fristlosen Kündigung zu. Die Belegschaft von nora systems ist überwiegend sauer auf die Betriebsratsmehrheit, weil sie das Vorgehen der Geschäftsleitung so mit forciert. Die Kündigung ist kein Zufall. Sie steht im Zusammenhang mit dem Plan, das Unternehmen erneut zu verkaufen. Durch die Kündigung soll ein erfahrener, kämpferischer Gewerkschaftsaktivist und Betriebsrat ausgeschaltet werden. Die Geschäftsleitung bestreitet dies und begründet die fristlose Kündigung mit einer angeblichen Störung des Betriebsfriedens aufgrund von Äußerungen auf einer Betriebsversammlung.

Dies ist in unseren Augen ein Skandal und ein Angriff auf die freie Meinungsäußerung! Es darf nicht hingenommen werden, dass Betriebsräte wegen Beiträgen auf Betriebsversammlungen angreifbar werden. Dadurch würde nicht nur die Arbeit der Betriebsräte, sondern auch der Gewerkschaften in Frage gestellt. Außerdem fragen wir uns, warum dafür „die Störung des Betriebsfriedens“ dafür erhalten soll? Wer würde sich dann noch trauen, sowohl als Betriebsrat also auch als MitarbeiterInnen auf einer Betriebsversammlung den Mund aufzumachen, wenn sie oder er mit Kündigung rechnen müsste? Noch leben wir in einem Staat, der Rede- und Meinungsfreiheit garantiert.

Als AfA Rhein-Neckar haben wir uns solidarisch mit Helmut Schmitt erklärt. Nun haben wir erfahren, dass die Landesbank Baden-Württemberg mit der L-EA (Landes-Eigenkapitalagentur) in der Private-Equity-Sparte, neben dem Finanzinvestor Capiton aus Berlin, Miteigentümer von nora systems ist. Der Vertreter der L-EA, Herr Dr. Heinrich Polke sitzt auch im Aufsichtsrat von nora systems. In der Broschüre der L-EA heißt es unter anderem „...die Finanzierung durch den L-EA Mittelstandsfonds eröffnet mittelständischen Unternehmen regelmäßig die Möglichkeit, ihre unternehmer-ischen Visionen in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig behalten die Unternehmer die Entscheidungsfreiheit. (Zitat Broschüre: Wer ist die L-EA?.pdf)“. Ein gutes wirtschaftliches Anliegen in unseren Augen.

Die SPD Mitglieder und in der baden-Württembergischen Landesregierung setzen wir uns für „Gute Arbeit“ ein, halten die Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften für sinnvoll und wichtig. Die gewählten Vertreterinnen / Vertreter, wie Helmut Schmitt, die sich für Belegschaften engagieren, dürfen nicht in ihrer Meinungs- und Handlungsfähigkeit im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes eingeschränkt, behindert oder durch Kündigung existenziell bedroht werden. Wir wünschen uns, dass die Landesbank Baden-Württemberg als Miteigentümer bei nora systems, positiv darauf hinwirkt, dass die Kündigung des sehr geschätzten Belegschaftsvertreters Helmut Schmitt überdacht und zurückgenommen wird. Die SPD steht für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Hier ist sie gefragt und wichtig.

Resolution 3 „Rentenpolitik“

Die SPD Baden-Württemberg begrüßt den Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 24. September 2012 zur Rentenpolitik - insbesondere die Vorschläge zur Bekämpfung der Erwerbsarmut, die Verbesserung der gleitenden Übergänge ins Rentenalter, den abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren und die steuerfinanzierte Solidarrente, die Lebensleistung anerkennt. Für viele Menschen wird dies zur Steigerung des Rentenniveaus führen. Beispielsweise sorgt die Solidarrente für eine Rentensteigerung vor allem für viele Frauen.

Festzuhalten bleibt für uns aber auch, dass die gesetzliche Rente vor allem die Erwerbsbiografie widerspiegelt. Genau deshalb müssen wir am Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen - u. a. durch Ausbau von Kinderbetreuung und mehr Ganztageschulen - festhalten, denn auch dies verbessert das Rentenniveau. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass die rentenpolitischen Beschlüsse der SPD auf Bundesebene Gültigkeit haben - insbesondere zur Frage des Renteneintrittsalters, dazu gehört das Aussetzen der Rente bis 67 solange die Erwerbsbeteiligung der über 55jährigen unter fünfzig Prozent liegt.

Die SPD Baden-Württemberg wird sich im Vorfeld des SPD-Parteikonvents am 24. November 2012 in einer Sondersitzung des Landesvorstandes, die von der Unterarbeitsgruppe Rente des Fachbeirats Arbeit, Gesundheit, Soziales des Landesverbandes vorbereitet wird, ausführlich mit der Rentenpolitik und den demografischen Annahmen auseinandersetzen.

Lange Erwerbsbiografien führen nicht automatisch zu einer angemessenen Rentenhöhe. Deshalb gibt es aus der Sicht der SPD Baden-Württemberg eine Reihe von offenen Fragen, die wir bis zum Parteikonvent weiter konkretisieren werden:

- **Rentenansprüche**

Die Rentenhöhe soll das Erwerbsleben widerspiegeln. Wo Erwerbsarbeit nicht zu einer auskömmlichen Rente reicht, ist aus Steuermitteln nachzusteuern. Vorher muss mit ordentlichen Tarifentgelten, mit Mindestlöhnen, mit Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit die Grundlage zum Erwerb von ordentlichen individuellen Rentenansprüchen geschaffen werden, insbesondere auch durch das Durchsetzen des Prinzips gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit.

- **Renten Kürzungen**

Das Rentenniveau schlussendlich auf nur noch 43 Prozent abfallen zu lassen (aktuell unterste gesetzliche Haltelinie), konterkariert alle Bemühungen, die zur Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen. Diese Entwicklung ist deshalb zu stoppen. Die in den vergangenen zehn Jahren mit der ergänzenden privaten Altersvorsorge gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass damit – insbesondere für Arbeitnehmer/innen mit niedrigen Löhnen – die Absenkung des Rentenniveaus nicht kompensiert werden kann. Die staatliche Förderung solcher Produkte ist deshalb zu überprüfen und die damit verbundene Dämpfung der Rentenanpassungen entsprechend anzupassen. Abgeschlossene Verträge sind von zukünftigen Änderungen nicht betroffen.

Wir streben ein Rentenniveau von 48-50 Prozent an.

- **Erwerbsminderungsrenten**

Der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern. Insbesondere leistungsgeminderte ältere Arbeitnehmer/innen, die nur noch leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarkts zu verrichten vermögen, finden meist keinen entsprechenden Arbeitsplatz mehr. Sie dürfen, wenn eine Arbeitsvermittlung nicht mehr gelingt, nicht in andere Sozialleistungen abgedrängt werden.

- **Frauenrenten**
Die rentenrechtliche Aufwertung von Niedrigverdiensten ist zu entfristen. Wir wollen weitere Schritte für ein höheres Rentenniveau insbesondere von Frauen prüfen, wie beispielsweise drei Rentenpunkte für jedes Kind, auch die vor 1992 Geborenen wurden.
- **Betriebsrenten**
Betriebsrenten sind zu stärken und dürfen zukünftig nicht zu einem verminderten Rentenniveau führen. Arbeitgeber sind verpflichtet ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anzubieten, die mindestens paritätisch finanziert ist.
- **Rentenzugänge ab 2014?**
Aufwertungen von Ansprüchen dürfen nicht erst die Rentenzugänge ab 2014 im Blick haben. Es gibt auch heute Altersarmut.
- **Ausblick**
Langfristig muss in der Rente die Erwerbstätigenversicherung eingeführt werden, mit ersten Umsetzungen beginnen wir in der Regierung ab 2013.

Resolution 4 „umFAIRteilen“

Die SPD Baden-Württemberg unterstützt das Bündnis „umFAIRteilen“ und den heutigen bundesweiten Aktionstag. Wir befürworten den von der Initiative aufgezeigten Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung. Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert werden und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet wird. Wir wollen in Bildung und in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft investieren. Auch deshalb müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulation endlich besteuert werden. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft. Im Einzelnen fordern wir:

Neue Vermögenssteuer!

Wir wollen eine neue Vermögenssteuer! Während die öffentlichen Kassen leer sind, geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auf. Wir sagen: Starke Schulter müssen mehr tragen!

Finanztransaktionssteuer einführen!

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer! Sie ist ein einfaches, aber kluges Instrument, um diejenigen an den Kosten der staatlichen Rettungspakete zu beteiligen, die die Finanzkrise und die darauf folgende Schuldenkrise in Europa wesentlich verursacht haben!

Steuergerechtigkeit durchsetzen!

Bei Steuergerechtigkeit lassen wir nicht mit uns spaßen! Steuerflüchtlinge müssen unmissverständlich zur Rechenschaft gezogen werden. Und das halbherzige Steuerabkommen mit der Schweiz lehnen wir ab!

Krise mit Wachstum bekämpfen!

Nackte Sparaufrufe führen nicht aus der Krise! Wir brauchen ein starkes Investitions- und Wachstumsprogramm, um die Menschen in den Krisenstaaten zu unterstützen!

Guter Lohn für gute Arbeit!

Wir wollen guten Lohn für Gute Arbeit! Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir wollen Schluss machen mit der Zweiklassengesellschaft im Betrieb: Die Leiharbeit muss reguliert werden. Mit unserem neuen Tariftreuegesetz in Baden-Württemberg verhindern wir den Wettbewerb auf Kosten der Löhne und Arbeitsbedingungen, denn wir garantieren, dass öffentliche Aufträge nur noch an tariftreue Unternehmen im Land vergeben werden!

Initiativanträge

Ini 1

Siehe Kapitel Kultus